Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1,70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2,50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 32.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

4. August 1886.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Zu den Amsterdamer Unruhen.

Obwohl es feststeht, daß die Tumulte, deren Schauplatz Amsterdam zu Anfang voriger Woche war, durch einen ganz unpolitischen Konflikt zwischen der Polizei und den Veranstaltern einer mittelalterlichen, wegen ihres barbarischen Charakters die Sozialisten eher abstoßenden Volksbelustigung — dem sogenannten Aalziehen*) — veranlaßt worden waren, können es sich die kapitalistischen Hetzorgane doch nicht versagen, auch aus ihnen Kapital gegen die verhaßte Sozialdemokratie zu schlagen.

Insbesondere helfen ihnen dabei die ganz im Dienst des Ausbeuterthums stehenden telegraphischen Nachrichten-Bureaus durch allerhand Lügendepeschen. Und die letzteren verfangen leider noch immer bei einem großen Theil des Publikums.

Aus diesem Grunde halten wir es für geboten, den mehr oder minder tendenziösen Berichten der bürgerlichen Presse eine Darstellung der Sachlage gegenüberzustellen, wie wir sie in der neuesten Nummer des Organs der holländischen Sozialdemokratie, dem in Haag erscheinenden „Recht voor Allen", finden, und die durchaus das bestätigt, was wir bereits in der vorigen Nummer hervorgehoben: den Antheil des von der Polizei gesäeten Hasses an der Verantwortung für das Blutbad.

Unser treffliches Bruderorgan schreibt:

„Was seit einiger Zeit vorauszusehen war, ist geschehen. Eine Kleinigkeit genügte, um die Bevölkerung Amsterdams zum Widerstand gegen die Polizei zu treiben, die seit Langem ihr Bestes that, sie zu erbittern und zu reizen. Natürlich wird man den Sozialisten Schuld geben, vielleicht wird das „Handelsblatt" gar erzählen, daß wir den Aal bezahlt u. s. w. Wir sind zu sehr an solche Erdichtungen von jener Seite gewöhnt, als daß wir uns noch über etwas wundern könnten. Dagegen wollen wir auf etwas Anderes aufmerksam machen, das Stoff zum Nachdenken bietet.

„Solange Herr Steenbergen Polizeikommissar war, passirten solche Dinge nicht, lief Alles ruhig ab und wurden auch wir in unseren Versammlungen nicht belästigt. Die Inspektoren waren beliebt, und wie die Oberen, so die Untergebenen. Aber er ist fort, und der Geist Stork's hat die Ueberhand bekommen, jeder Agent scheint dahin abgerichtet zu werden, bei der geringsten Gelegenheit darauf loszuschlagen. Glaubt man, daß die schändliche Aufführung der Polizei, über welche Domela Nieuwenhuis beim Gemeinderath Klage geführt hat, ohne Gehör zu finden, schon vergessen ist? Alles das hat die Stimmung des Volkes erbittert, während auf der andern Seite das „Handelsblatt" und andere Blätter fortgesetzt darauf aus waren, bei der herrschenden Klasse und ihrem Gefolge Aufregung zu säen.

„Wir vertheidigen das Aalziehen durchaus nicht, das sei ferne von uns.**) Aber wir fragen, ob denn die Jagd, die Liebhaberei der Reichen, zu vertheidigen ist, ob die Pferde- und Wettrennen, die Zirkusaufführungen, bei denen nicht nur Thiere, sondern auch Menschen mißhandelt und hingemordet werden, um den Großen für einige Augenblicke einen Genuß zu verschaffen, ob das alles nicht noch viel unsittlicher ist und niedriger steht! Und diese Leute haben obendrein Mittel, sich edlere Genüsse zu verschaffen, während das Volk der Mittel entbehrt und Niemand etwas thut, um ihm bessere und würdigere Vergnügen zu ermöglichen. Bei jenen Belustigungen aber tritt die Polizei- und Militärmacht auf, nicht um sie zu verbieten, sondern damit sie ihren ungestörten Gang gehen können.

„Die vielen Mißgriffe, die Uebergriffe und Rohheiten der letzten Zeit haben böses Blut gemacht und der Polizei, die nirgends populär ist, aber in anderen Städten, wie in Rotterdam, wo sie ruhig auftritt, wenigstens nicht gehaßt wird, in der Hauptstadt außerordentliche Mißachtung zugezogen.

„Die großen Blätter billigten das Auftreten der Polizei und nahmen überall Partei gegen das Volk. Natürlich, der Bürgermeister, die Polizei ꝛc. handelten gut, sie wurden gereizt, nur nothgedrungen vollzogen sie ihre traurige Pflicht u. s. w. So hörte man Tag für Tag in der Presse die Wahrheit verdrehen. Das Volk ist stets der Schuldige, die Obrigkeit handelt bei dergleichen immer korrekt und verdient Achtung und Unterstützung. Auch jetzt hört man wieder dasselbe Lied. Hier schmeichelt man Einigen . . ., dort sind es wiederum Verführer, die das arme Volk, mit dem die Herren selbst so großes Mitleid haben, daß sie es Noth und Elend leiden lassen, aufhetzten und auf Abwege brachten. . . . . Als ein Schuß fiel, als ein Polizist getroffen wurde, da hieß es sofort, das gemeine Volk erkennt nichts an, die Thäter müssen streng bestraft werden. Da aber dreißig und mehr Menschen gefallen sind, niedergehauen und niedergeschossen von den Machthabern, da schwatzt man von einer traurigen Pflicht und stellt das Volk als verführt und irregeleitet hin. Wenn die Behörden es wirklich für eine traurige Pflicht halten, auf das Volk zu feuern, dann möchten wir nur wissen, warum sofort scharf geschossen wurde, bevor man auch nur versuchte, durch andere militärische Maßnahmen die sogenannte Ordnung herzustellen?"

Daß diese Frage unseres Bruderorgans durchaus berechtigt ist, geht aus einer Darstellung hervor, die wir in dem offiziösen „Pester Lloyd" finden.

Da schreibt ein Augenzeuge der Vorgänge:

„Der schon im Laufe des Vormittags am Thatorte erschienene Bürgermeister sah sich um 4 Uhr veranlaßt, die bereits früher konsignirten Militärtruppen zu requiriren, doch trafen dieselben, aus 3 Kompagnien Infanterie und 1 Eskadron Husaren bestehend, erst um 6 Uhr ein. Gleichsam um diese Verspätung wettzumachen, nahm der Bürgermeister bereits um 7 Uhr zur ultima ratio (d. h. zum letzten Mittel) seine Zuflucht; eine dreimalige Aufforderung zum Auseinandergehen erfolglos vorausschickend, ließ er auf die dichtgedrängte, zu nicht geringem Theile von Neugierigen untermischte Menge eine scharfe Salve abfeuern. Der erschütternden Detonation folgte eine augenblickliche Stille, und als sich der Rauch verflüchtigte, sah man den vordersten Schauplatz mit 15—20 Leichen bedeckt, während eine doppelte Anzahl von Exzedenten sich unter den gräßlichsten Verwundungen krümmte. Ich sah dieses fürchterliche Schauspiel vom zweiten Stockwerke eines benachbarten Hauses mit an und wurde durch diesen Anblick derart erschüttert, daß ich erst eine Stunde später die Kraft und Entschlossenheit fand, meinen Heimweg durch die aufgeregte Menge anzutreten. Ich lag bereits in meinem Bette, als um 10½ Uhr die Kunde von einem weiteren Gebrauch der Schußwaffe zu mir drang, und in diesem Momente erinnerte ich mich unwillkürlich, aber mit einer gewissen Befriedigung jener nach dem 21. Mai in Buda-Pest entstandenen Exzesse, welche durch die vereinte militärische und polizeiliche Taktik so glücklich niedergedrückt wurden, während hier, ohne vorerst eine Zernirung, einen Bayonnetangriff oder einen Eingriff der Kavallerie zu versuchen, das mordende Blei zum Ruhestifter gemacht wurde."

Zweifelsohne um dieses gewaltthätige Vorgehen zu beschönigen, versucht man hinterher die Sache so darzustellen, als hätten die Sozialisten bei dem Krawall die Hand im Spiele gehabt. Will man doch sogar eine rothe Fahne gesehen haben. Nun, daß in einer Stadt, wo der Sozialismus unter den Arbeitern so viele Anhänger hat, auch sozialistische Arbeiter in den Kampf mit der Polizei verwickelt wurden, kann Niemand Wunder nehmen, aber nichts abgeschmackter, als daraus den sozialistischen Charakter desselben herleiten zu wollen.

„Wieder", fährt das „Recht voor Allen" fort, „wieder werden alle Blätter über uns herfallen und aus jedem Wort Gift saugen, weil wir nicht gegen das Volk Partei nehmen. Uns ist das gleichgiltig. Wir sind daran gewöhnt, und wir verfolgen unseren Weg trotz guter und schlechter Nachrede. Man wird uns mit dem Aufruhr solidarisch erklären — lies „Handelsblad" und andere Blätter —, weil wir nicht einstimmen in den Chor der Lobredner der obrigkeitlichen Maßregeln. Wir wissen es im Voraus, aber wir kennen unsere Pflicht. Mit diesem Aufruhr an sich hat der Sozialismus nichts gemein; wenn man die wahren Schuldigen sucht, dann glauben wir, daß sie anderswo zu finden sind, als wo man sie gewöhnlich sucht."

Was „Recht voor Allen" da voraussagte, ist eingetroffen. Man hat die Sozialisten mit dem Aufruhr solidarisch erklärt, und „Handelsblad", die Quelle der Informationen für die Mehrzahl der deutschen Blätter, hat gehetzt, was nur möglich war. Selbstverständlich wurde auch, wie neuerdings überall Sitte, in zweckmäßiger Abwechslung Anarchismus und Sozialismus durcheinandergeworfen, damit der Philister nur ja den letzten Rest von Verstand verliert.

Und wo etwas faul ist, da sammeln sich die Geier. Mit der Zudringlichkeit gewisser Kleiderhändler ist sofort der biedere Kreuzzeitungs-Hammerstein mit seinem: „Brauchen Sie kein Sozialistengesetz?" bei der Hand, und angeblich soll man in Holland in der That einem solchen nicht abgeneigt sein.

Nun, unsere holländischen Genossen werden sich dadurch nicht abschrecken lassen, sie sind auf Alles gefaßt. Unser Bruderorgan schließt seinen Artikel mit folgenden Worten:

„Ach, daß das Volk so schwere Wege zurücklegen muß! Aber ohne Leiden, ohne Opfer kein Sieg!"

*) Dasselbe besteht nach der „Independance belge" darin, daß man einen Strick über einen Kanal, von einem Hause zu einem andern, zieht und in der Mitte desselben, ein wenig über dem Wasser, einen Aal aufhängt, welcher mit grüner Seife eingeschmiert ist. Der Aal hängt an einem Bindfaden, der demselben durch die Kiemen gezogen wurde; man fährt nun in einem kleinen Boote mit großer Geschwindigkeit unter dem Aal durch, und indem man nach ihm greift, sucht man den Rumpf vom Kopfe abzureißen. Da dies häufig mißlingt, so leidet das Thier fürchterlich, umsomehr, je größer und stärker es ist.

**) Domela Nieuwenhuis ist strenger Vegetarianer!

„Zur Wohnungsfrage."

Unter diesem Titel erschien in Nr. 166 des „Berliner Volksblatt" ein Artikel, der nach einer kritischen Erörterung der Wohnungsnoth zu folgendem Ergebniß kommt: „Wir sind immer noch der Meinung, so lange uns kein besserer Vorschlag gemacht wird, daß eine staatliche Taxation der Gebäude und eine gesetzliche Feststellung der Miethspreise Vieles momentan bessern könnte. Wir halten dies nicht für eine Lösung der Wohnungsfrage; wir wissen auch, daß die Preisbewegung solche künstliche Schranken vielfach durchbricht, allein wir sind eben doch der Meinung, daß eine gesetzliche Fixirung der Miethspreise immer noch besser wäre als der gegenwärtige Zustand, wenn sie auch in vielen Fällen ihren Zweck nicht erreichen und unwirksam gemacht werden würde. . . ."

Dieser Vorschlag ist sicherlich der wohlwollendsten Gesinnung entsprungen, allein er verkennt vollständig die ökonomischen Schwierigkeiten, denen er begegnen würde, und es scheint uns deshalb geboten, mit einem Wort darauf hinzuweisen. Diese Schwierigkeiten bestehen indessen am wenigsten darin, „daß die Preisbewegung solche künstliche Schranken vielfach durchbricht," sondern vielmehr in der Thatsache, daß an der Lage der arbeitenden Klasse auch dann nichts geändert wäre, wenn die Maßregel voll und ganz zur Ausführung gelangt sein würde.

Der Vorschlag geht von der Annahme aus, daß sozialpolitische Reformen eine Aussicht auf Erfolg haben, welche an der Konsumtion der Arbeiter den Hebel ansetzen und von hier aus eine Besserung der Lebensbedingungen der Arbeiter anstreben. Aber schon Lassalle hat in der ersten agitatorischen Schrift, mit der er sich direkt an die Arbeiter wandte, im „Offenen Antwortschreiben", jene irrthümliche Ansicht energisch bekämpft. Er sagt daselbst (vgl. Lassalle, Reden und Schriften I, S. 36): „Es ist daher schon eine ganz falsche Hülfe, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihm auf der Seite zu helfen, wo wirklich der Schuh ihn drückt, als Produzenten." Nun ist aber die Wohnung eben auch nur ein Konsumtionsgegenstand, wie Brod, Leder oder Tuch, und so nutzlos das Beginnen wäre, durch Konsumvereine, die jene Artikel billiger lieferten, etwas an dem Nothstand der Arbeiter ändern zu wollen, ebenso fruchtlos erwiese sich die Maßregel, durch eine gesetzliche Feststellung entsprechender niedriger Miethspreise das Wohnungselend der Arbeiter vermindern zu wollen. Dergleichen kann nichts an der entscheidenden Thatsache ändern, daß die Arbeitskraft nach ihren Erzeugungskosten gekauft wird. Vermindert sich nun durch ein allgemeines Sinken des Preises die Ausgabe für eines der wichtigsten Lebensbedürfnisse, so wird der Lohn nach einem heute unabänderlichen Gesetz gleichfalls in demselben Maß sinken.

Was Lassalle über den Einfluß der Konsumvereine sagt, das findet seine Anwendung eben auch auf eine solche allgemeine Regelung der Miethspreise, wie sie in dem zitirten Artikel des „Berliner Volksblatt" vorgeschlagen wird. Lassalle sagt, nachdem er den Einfluß vereinzelter Konsumvereine besprochen (ebenda S. 42): „Sowie aber die Konsumvereine mehr und mehr den gesammten Arbeiterstand zu umfassen beginnen, tritt jetzt vermöge des betrachteten (Lohn-) Gesetzes die nothwendige Konsequenz ein, daß der Arbeitslohn infolge des durch die Konsumvereine billiger gewordenen Lebensunterhaltes um eben so viel fallen muß." Man sieht darnach leicht ein, daß die im „Berliner Volksblatt" vorgeschlagene gesetzliche Feststellung der Miethspreise allenfalls die letzteren zu erniedrigen vermöchte, allein die Arbeiter würden nichtsdestoweniger auf ihre schlechten Wohnungen wie bisher angewiesen bleiben, da sie zwar dieselben Wohnungen mit einem geringeren Preis, aber in Folge des gesunkenen Lohns eben auch nur dieselben zu bezahlen vermöchten.

Der Einwand, daß es sich bei der gesetzlichen Fixirung der Miethspreise ja nicht um eine isolirte Maßregel handelt, wie bei den Konsumvereinen, sondern daß sich diese mit Arbeiterschutzgesetzen und vor Allem mit der Festsetzung eines Minimallohns, vielleicht auch der Fixirung aller Löhne, verbinden würde, ist wenig stichhaltig. Arbeiterschutzgesetze, wie der Normalarbeitstag, wären an und für sich unvermögend, diejenige sinkende Tendenz des Lohnes zu hemmen, die aus der allgemeinen Verbilligung eines der wichtigsten Lebensmittel entspringen würde, eine „Lohnregulirung" aber, die über die Forderung eines Minimallohns hinausginge, ist nichts als ein barocker Einfall, für dessen Ausführbarkeit die Vertreter derselben bisher auch nicht die Spur einer Begründung vorzubringen vermochten. Und was den Minimallohn betrifft, so ist der sozialdemokratische Arbeiterschutzgesetz-Entwurf weit davon entfernt, eine gesetzliche Feststellung desselben zu fordern. Bis jetzt hat auch noch Niemand zu zeigen vermocht, daß unter unsern wirthschaftlichen Verhältnissen ein Einfluß auf die Bestimmung der Lohnhöhe von den Arbeitern anders bewirkt werden könnte als durch Organisation ihrer Klasse, durch Gewerkvereine, Streiks und solche Mittel, wie sie der Konkurrenzkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern erzwingt.

Wir verwahren uns übrigens auf das Entschiedenste dagegen, als wenn wir allen sozialpolitischen Maßregeln abgeneigt wären, wenn sie in einem nur geringen Maß die Lage der Arbeiter zu verbessern vermögen. Im Gegentheil betrachten wir die geringste Förderung der Interessen der Arbeiter — wenn sie nur wirklich eine solche ist — für außerordentlich werthvoll und erblicken in jeder derartigen Maßregel eine Vorbereitung der vollständigen Emanzipation der Arbeiterklasse. Allein der von uns besprochene Vorschlag in dem Artikel des „Berliner Volksblatt" kann nicht das allermindeste dazu beitragen, das Wohnungselend der Arbeiter zu vermindern, und deshalb allein haben wir es für unsere Pflicht gehalten, demselben entgegenzutreten, überzeugt, daß es dem Verfasser nur erwünscht sein kann, wenn sich an seinen Vorschlag eine Diskussion anknüpft. Auf die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung sind wir absichtlich nicht eingegangen, weil wir unter unseren wirthschaftlichen Verhältnissen den Vorschlag auch dann für einen illusorischen halten, wenn er alle Geburtswehen überstanden hat und in's Leben getreten ist.

H. Bu.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 4. August 1886.

— **„Mißbrauch der parlamentarischen Redefreiheit"** lautet die Ueberschrift eines der neuesten Reptilartikel, welcher in der sattsam bekannten „Berliner Börsenzeitung" abgelagert worden ist und zum Zwecke hat, „strengere und wirksamere" Maßregeln gegen unbequeme Redner, als der Ordnungsruf oder die Entziehung des Wortes ist, zu empfehlen. Ob das Reptil die Redeverbrecher und Verbrecher von Reden einsperren, knebeln oder standrechtlich erschießen will, das sagt es uns nicht, es ist so liebenswürdig, unserer Phantasie freien Spielraum in Bezug auf diesen Punkt zu gewähren.

Nun — neu ist der Gedanke ja nicht, das Sozialistengesetz in etwas erweiterter Form auf den Reichstag auszudehnen. Es kann uns selbstverständlich nicht einfallen, den Vorschlag der „Börsenzeitung" ernsthaft zu diskutiren. Wir wollen blos bemerken, daß derselbe ein neuer Beweis für die Richtigkeit des alten Erfahrungssatzes ist: je mehr man sich bieten läßt, desto mehr wird Einem geboten.

Unter allen Parlamenten der Welt ist der deutsche Reichstag das zahmste. Er hat sich von Seiten des Junkers Bismarck und der Hausknechte desselben in einer Weise insultiren lassen, die in der parlamentarischen Geschichte keines anderen Landes ihres Gleichen findet. Hätte Junker Bismarck in einem englischen oder französischen Parlament sich solche Flegeleien erlaubt, wie er sie im deutschen Reichstag mit Vorliebe treibt, er würde schon mehr Ohrfeigen bekommen haben,

als er Haare im — Bart hat. Und dieses zahmste aller Parlamente ist den Bismarck'schen Preßkosaken noch nicht einmal zahm genug. Wenn es aus lauter Nationalliberalen bestände, die zu Allem Ja sagten, aber mit Phrasen, würde es diesem Gesindel auch noch nicht zahm genug sein — sie würden ein Ja ohne Phrasen verlangen.

Daß scharfe Geschäftsordnungsstrafen gegen Ungezogenheiten und Pöbelhaftigkeiten verhängt werden, dagegen hätten wir im Grunde nicht viel einzuwenden. Nur würden wir strenge Handhabung zur Bedingung machen. Junker Bismarck und seine Hausknechte würden dann bald lernen, wie man sich in einer anständigen Gesellschaft aufzuführen hat.

— **Im „Geheimbund-Prozeß Vollmar und Genossen"** sind am vorigen Mittwoch die Verhandlungen vor dem Landgericht Freiberg zu Ende geführt worden, und wenn diese Nummer unseren Lesern zu Handen kommt, wird ihnen auch das Urtheil schon bekannt sein, dessen Verkündigung auf den 4. August, Nachmittags 4 Uhr, festgesetzt wurde.

Wir dürfen wohl voraussetzen, daß die überwiegende Mehrzahl unserer Leser schon in der Tagespresse mehr oder minder ausführliche Berichte über die Prozeßverhandlungen gelesen haben wird, sehen daher von dem Abdruck des detaillirten Berichtes an dieser Stelle ab. Wir behalten uns dagegen vor, auf besonders wichtige Einzelheiten desselben später noch zurückzukommen.

Eine verhältnißmäßig große Rolle spielte für die Anklage der „Sozialdemokrat". Aus einer ganzen Reihe in unserem Blatte erschienenen Publikationen, sowie aus dem Verhältniß des Blattes zur Partei überhaupt wollte sie den Beweis herleiten für das Bestehen einer geheimen Verbindung im Sinne des Gesetzes. Wenn die Angeklagten die Verantwortung für die ersteren, soweit dieselben nicht von ihnen selbst herrührten, entschieden ablehnten, so kann ihnen Niemand daraus einen Vorwurf machen. Das Parteiorgan ist nicht in dem Sinne offiziell, daß jede Zeile in demselben für die ganze Partei bindend wäre. Jeder Genosse, der für dasselbe schreibt, schreibt seine persönliche Ansicht, und das Gleiche thut die Redaktion. Es ist das Organ, das den geistigen Verkehr unter den Genossen vermittelt, nicht mehr und nicht minder. Es ist aber auch das einzige Organ, in dem die Parteigenossen als solche mit einander verkehren, das einzige, wo sie ohne Rücksicht auf die deutschen Polizeigesetze ihre Meinung äußern können, das einzige Organ, das die Partei auf ihren Kongressen als solches anerkannt hat.

Zu allerhand Kommentaren haben dagegen die verschiedenen Antworten Veranlassung gegeben, welche die Angeklagten auf die — allerdings etwas sonderbare — Anfrage des Präsidenten ertheilt haben, ob sie die möglichste Verbreitung des „Sozialdemokrat" wünschen. Dieselben lauten nach dem Bericht der Hamburger „Bürgerzeitung", dem ausführlichsten, der uns zu Gesicht gekommen:

Vorsitzender (zu Bebel): Sie können doch nicht leugnen, daß Sie alle ein Interesse daran haben, daß das Blatt möglichst weit verbreitet werde. — Bebel: Das leugne ich auch keineswegs; im Gegentheil, ich wünsche lebhaft, daß das Blatt in noch viel mehr Exemplaren verbreitet würde, in 100,000 Exemplaren wo möglich, oder noch lieber in einer halben Million. — Auer: Die Meinung über diesen Punkt dürfte wohl eine getheilte sein. Mein Kollege Viereck z. B. dürfte die Verbreitung wohl schwerlich wünschen; wenigstens ist er in dem Blatte oft genug in einer Weise angegriffen worden, die einen solchen Wunsch seinerseits schwer begreiflich erscheinen ließe. Ich führe das nur an, um zu zeigen, daß der Wunsch, den „Sozialdemokrat" verbreitet zu sehen, schwerlich ein allgemeiner ist. — Vors.: Wünschen Sie die Verbreitung, Herr Auer? — Auer: Mit Einschränkung. Ich habe an dem Blatte mancherlei auszusetzen; wenn aber die Redaktion eine bessere wäre, dann würde auch ich für die Verbreitung sein. — Vors.: Und Sie, Herr Viereck? — Viereck: Herr Präsident, bisher sind die Verhandlungen in einer durchaus sachlichen, unparteiischen Weise geführt worden. Die Frage aber, die Sie jetzt an mich richten, Herr Präsident, gehört in's Gebiet der Inquisition. Man prüft nicht mehr auf Thatsachen, sondern auf Gesinnungen, auf Wünsche. Wenn das auf diese Weise weiter geht, dann werden wir schließlich die Auskunft verweigern müssen. Aber ich hoffe, daß der Herr Präsident auf diese Frage verzichten wird, und möchte den Herrn Präsidenten fragen, ob er überhaupt ein Recht hat, dieselbe an uns zu richten. — Vors.: Ich habe nicht allein das Recht, sondern die Pflicht, alles herbeizuziehen, was zur Aufklärung beitragen kann. Aber Sie haben natürlich andererseits auch das Recht, Ihre Auskunft zu verweigern. Ich verzichte auf die Frage nicht! — Viereck: Dann verweigere ich die Auskunft. — Vors.: Herr Dietz, wünschen Sie die Verbreitung des „Sozialdemokrat"? — Dietz: In dieser Beziehung hat mein Herz keine Wünsche. (Müller, Frohme und Ulrich schließen sich dieser Antwort an.)

Vors.: Herr Heinzel, wünschen Sie die Verbreitung? — Heinzel: Ich verweigere die Auskunft. — Vors.: Und Sie, Herr v. Vollmar? — Vollmar: Ich stehe nicht an, zu erklären, daß nach meiner Ansicht die Zustände in Deutschland heutzutage derartige sind, daß ich die Verbreitung des „Sozialdemokrat" nur dringend wünschen kann." —

Auf die obige Bemerkung Auer's haben wir berichtigend zu bemerken, daß Viereck unseres Wissens im Ganzen zweimal im „Sozialdemokrat" angegriffen worden ist. Das eine Mal in einer Einsendung der Münchener Genossen, bei welcher Gelegenheit die Redaktion des „Sozialdemokrat" sich durchaus neutral verhielt, das zweite Mal in einer Antwort auf einen Angriff Viereck's im „Recht auf Arbeit" wider die Artikel Liebknecht's über den Normalarbeitstag. Auch dabei hielt sich die Redaktion, wie jeder nachlesen kann, durchaus an die Sache, während Viereck im „Recht auf Arbeit" in recht persönlicher Weise antwortete. In welcher Weise diese Polemik auf die Wünsche Viereck's in Bezug auf den „Sozialdemokrat" eingewirkt, entzieht sich natürlich unserer Beurtheilung. Jedenfalls liegt für uns vorläufig kein Grund vor, auf die inquisitorische Frage des Gerichtspräsidenten nun auch unsererseits einzutreten.

— — — — — — — —

Soweit war die vorstehende Notiz bereits gesetzt, als uns der Telegraph die Nachricht bringt, daß das Freiberger Landgericht, gestützt auf das famose Reichsgerichtserkenntniß, das Schuldig über die Angeklagten ausgesprochen und dieselben zu folgenden Strafen verurtheilt hat:

Auer, Bebel, Frohme, Ulrich, Viereck und Vollmar zu je **neun Monaten Gefängniß,**

Dietz, Heinzel und Müller zu je **sechs Monaten Gefängniß.**

Also wegen Dinge, deren gesetzliche Zulässigkeit selbst Juristen wie den Chemnitzer Richtern unzweifelhaft erschien, erkennen die Herren Freiberger Landsgerichtsräthe über neun Angeklagte eine Gesammtstrafe von **72 Monaten Gefängniß!**

Das ist kein objektiver Rechtsspruch, das ist **die nackteste Klassen- und Parteijustiz.**

Man beachte: Um überhaupt eine Verurtheilung möglich zu machen, dazu bedurfte es erst einer **neuen Auslegung** der betreffenden Paragraphen durch das Reichsgericht. Wessen die Angeklagten beschuldigt worden, das war aber **vor** dieser Auslegung geschehen.

Im äußersten Falle hätten also die Richter nur auf Minimal-Strafen erkennen dürfen. Sie thaten es nicht, sie griffen möglichst hoch, denn sie wollten nicht nur verurtheilen, sie wollten auch **schädigen.** Nicht als Richter, als **Büttel,** als Schergen der Gewalt haben sie gehandelt.

Das sei für heute konstatirt. Weiteres, sobald uns ausführliche Berichte vorliegen.

— Ueber die Ergebnisse der von der belgischen Regierung angeordneten **Untersuchung der Arbeitsverhältnisse** lesen wir in einer Brüsseler Korrespondenz der Münchener „Allgemeinen Zeitung":

„Wenn die von der Regierung eingesetzte Arbeitskommission kein anderes Resultat erzielt, als die soziale und moralische Lage des Landes schonungslos aufzudecken, so wird sie sich schon dadurch allein ein großes Verdienst erworben haben. Es hat viele Leute gegeben, welche daran gezweifelt haben, daß die belgische Arbeiterbevölkerung in einem in Deutschland und Frankreich unerhörten Elend schmachtet und daß diese Thatsache die Hauptursache der März-Unruhen war....

Und was sehen wir heute? Die Kommission, welche dieser Tage in Dour, dem Mittelpunkte des Borinage, in einem Gebiete, in welchem 30—40,000 Kohlengräber hart neben einander wohnen, mehrere Sitzungen abhielt und eine ganze Reihe von Arbeitern und Arbeiterinnen vernahm, steht heute vor einem Resultat, welches meine Schilderungen an düsterem Eindrucke noch weit übertrifft. Ich will diese Resultate hier ganz kurz zusammenfassen, weil sie am besten die soziale Lage der Arbeiter beleuchten. Aus den Aussagen der Zeugen geht hervor, daß die Kohlengräber im Durchschnitte 12—15 Fr. in der Woche, also 48—60 Fr. im Monat, verdienen. Nach einer genau erfolgten Zusammenstellung, welche die Kommission auf Grund gemachter Erfahrungen selbst vornahm, beläuft sich das Existenzminimum einer aus fünf Personen bestehenden Arbeiterfamilie auf 100 Fr. im Monat. Danach verdient also der Kohlengräber im **besten** Falle **40 Fr. weniger** als den Mindestbetrag dessen, was er zum Leben unbedingt nöthig hat. Ist schon diese Thatsache an sich das Zeichen einer traurigen materiellen Lage, so wirft die Behandlung der Frauen und Kinder ein geradezu furchtbares Licht auf unsere gesellschaftlichen Zustände. Zahlreiche Mädchen im Alter von 15—18 Jahren gaben vor der Kommission zu Protokoll, daß sie um 5 Uhr Morgens in die Gruben steigen und erst um 9, manchmal gar erst um 11 Uhr Nachts dieselben verlassen. Man war förmlich bestürzt, von einem 17jährigen Mädchen zu vernehmen, daß es gezwungen ist, von 4 Uhr Morgens bis 11 Uhr Nachts zu arbeiten. Wir stehen hier also vor schwachen, weiblichen Wesen, welche tief unten in den Schachten 16, 18 und selbst 19 Stunden täglich arbeiten, und dies um einen Lohn von anderthalb bis zwei Franken. Nach der übereinstimmenden Aussage aller Arbeiterinnen sind sie überdies der Gegenstand frivoler Nachstellungen von Seiten der Werkführer. Ist nun die Gesellschaft, die sich so lange nicht einmal die Mühe gab, in diese faulen Zustände auch nur einen flüchtigen Blick zu werfen, gar so frei von jedem Vorwurfe? Die es früher zu behaupten wagten, werden nach dem Gehörten hoffentlich ihre Ansicht ändern, denn das Werk, welches man jetzt zu verrichten hat, ist ein Werk der Versöhnung, durch welches der sozialistischen Agitation der Boden entzogen werden soll."

Der Schluß ist sehr schön gesagt, unsere Leser wissen aber, daß das Elend der belgischen Arbeiterbevölkerung für die, welche sehen wollten, auch vor der neuesten Untersuchung kein Geheimniß war. Die „Gesellschaft" hat genug Blicke in diese „faulen Zustände" geworfen, aber eben nur flüchtige Blicke, und wenn sie, aufgeschreckt durch die März-Unruhen, jetzt wieder so einen flüchtigen Blick hineinwirft, so wird damit gar nichts gegen früher gebessert. Das „Werk der Versöhnung", von dem der Verfasser der Korrespondenz fabelt, könnte nur vor sich gehen auf Kosten der Herren Ausbeuter, und wie wenig diese geneigt sind, auch nur einen Deut von ihrem „Schein" abzulassen, das zeigen sie bei jeder Gelegenheit. Hier ist keine Besserung zu erhoffen, ehe es nicht heißt, der „Bien" muß. Bis dahin sind die Aufdeckungen der Arbeitskommission eben auch nur „schätzbares Material".

Uebrigens, so unerhört das Elend der belgischen Arbeiterbevölkerung ist, so täuscht sich der Schreiber obiger Zeilen sehr, wenn er meint, daß es deswegen in Deutschland nicht seinesgleichen fände. Der gute Mann braucht nur einige Meilen über die Grenze zu gehen, um im niederrheinischen Weberdistrikt Aehnliches und noch Schlimmeres kennen zu lernen, von den sächsischen und schlesischen Webern, der thüringischen Hausindustrie u. s. w. gar nicht zu reden. Und all das Elend ist bekannt, ist amtlich festgestellt, in detaillirten Abhandlungen ergreifend geschildert, aber man läßt's doch gehen, wie es gehen will, man sieht und — schweigt. Kommt es dann hier und da zu einem Exzeß des Hungers oder der Verzweiflung, so thut man erstaunt, als erfahre man ganz etwas Neues, schwatzt eine Weile von Abhülfe, um schließlich nichts zu thun. So geht die ewige Leier fort, bis schließlich doch das Volk in seiner Gesammtheit dieser Melodie müde wird und mit unwiderstehlicher Wucht ein neues Lied, ein besseres Lied anstimmt.

— **Das Verbot des „Offenbacher Tageblatt"** — schreibt man uns — ist eines jener Geschehnisse, die, gleich der Ausweisung Singer's, ihre Schatten schon lange voraus geworfen hatten. Im Augenblick, wo der Darmhessische Ministerpräsident Finger in offener Landtagssitzung die namenlose Frechheit hatte, das „Offenbacher Tageblatt" in einer Diskussion mit dem Verleger desselben, Ulrich, als „gefährliches Hetzblatt" zu bezeichnen, konnte kein Zweifel mehr über die Absichten des besagten Ministerpräsidenten bestehen. Die schuftigen Denunziationen des nationalliberalen Dichters und Hanswurfts Pirazzi im „Frankfurter Journal" verkündeten, gleich den schuftigen Denunziationen der „Kreuzzeitung" 2c. im Falle Singers, nur einen bereits gefaßten Entschluß, und das von unserem Parteiorgan veröffentlichte Regierungszirkular mußte den letzten Zweifel beseitigen.

Die Sache ist die: das „Offenbacher Tageblatt" — in Bezug auf soziale Verhältnisse vielleicht das gemäßigtste aller in Deutschland erscheinenden Arbeiterblätter — war auf politischem Gebiet entschieden demokratisch, es bekämpfte das Bismarck'sche Schwindelsystem mit rücksichtsloser Schärfe und führte einen unerbittlichen Krieg gegen den Nationalliberalismus. So erwarb es sich die Feindschaft der „Preußen" und der Nationalliberalen. Es wurden schon früher von dieser sauberen Gesellschaft allerhand Versuche gemacht, die Unterdrückung des „Offenbacher Tageblatts" in Darmstadt zu erwirken — diese Versuche scheiterten jedoch an der Ehrlichkeit des früheren hessischen Ministerpräsidenten Starke, der, etwas partikularistisch angehaucht, ein streng rechtlicher Mann war und von vornherein erklärt hatte, daß, so lange er an der Spitze der Regierung sei, das Sozialistengesetz auch „loyal gehandhabt" werden solle. Und er hat Wort gehalten. Inzwischen bohrten und wühlten die „Preußen" in ihrer bekannten Weise; es galt, den Großherzog, der keine Lust hatte, preußischer Unterlieutenant zu sein, mürbe zu machen. Dazu wurde die Kolemine-Affaire benutzt. Der Großherzog hatte einmal als anständiger Mensch gehandelt, und statt gleich seinen Kollegen sich Maitressen zu halten, seine Geliebte auch geheirathet. Diese That eines anständigen Menschen war aber unfürstlich — von Berlin aus wurde eine skandalöse Hatz veranstaltet, und das Resultat war, daß der arme Großherzog zerknirscht und reumüthig zu Kreuz kroch, sich von seiner Frau scheiden ließ und seinen Ministerpräsidenten Starke, der als anständiger Mann die anständige Handlung seines Landesvaters gebilligt hatte, des Amtes entsetzte. Nun hatten die „Preußen" gewonnen: der Großherzog wagte keinen Widerstand mehr, und Herr Finger, der jetzige Ministerpräsident, ein Streber, wie er im Buch steht, und den Mantel stets nach dem Berliner Wind hängend, wurde Ministerpräsident. Herr Finger ist der hessische Lutz — ein preußischer Landrath, der seine Befehle aus Berlin empfängt. Seine Mission ist, Hessen zu verpreußen — und das thut er getreulich, so gut es seine — allerdings etwas beschränkten — Fähigkeiten erlauben. Vor Allem gehört dazu, die Landesregierung unpopulär zu machen, damit sie sich nicht, gegenüber preußischen Zumuthungen, auf ihr Volk stützen kann. Es ist das die Taktik, die wir schon in Hamburg und Sachsen, neuerdings in Braunschweig befolgt sehen. Jetzt ist auch Hessen an die Reihe gekommen.

Als echte Kreatur Bismarck's und Puttkamer's hält es Herr Finger nicht für nöthig, die Form des Rechts zu wahren. Mit dem Zynismus, welchen er seinen Chefs abgeguckt hat, übt er die nackteste, feigenblattlose Willkür. Das hat er bei der Unterdrückung des „Offenbacher Tageblatts" wieder gezeigt. Dasselbe ist nämlich beschlagnahmt und verboten worden wegen einer Berliner Korrespondenz gegen den — Chauvinismus! Nicht ein Wort von Sozialismus, Kommunismus oder gar sozialistisch-kommunistischen Umtrieben und Umsturzbestrebungen, wie das Sozialistengesetz es vorschreibt! Sondern einfach ein Protest gegen die schamlosen Kriegshetzereien unserer Chauvinisten, die jede von Rußland ausgehende Insulte ruhig einstecken, aber um jeden Preis die französische Republik diskreditiren und als Störenfried hinstellen wollen.

Natürlich ist Rekurs an die Beschwerde-Kommission alias Reichsgalgen-Kommission ergriffen worden. Natürlich wird der Rekurs erfolglos sein — denn wann hätte es je genützt, den Teufel bei seiner Großmutter zu klagen? Im Reichstag wird aber der „Fall" vortrefflich Gelegenheit geben, die neueste Aera der Puttkamer, Ihring-Mahlow-Bismarck unter elektrischer Beleuchtung an den Schandpfahl zu stellen.

— **Freie Liebe.** Wenn unsere Herren Gegner die „freie Liebe" in dem Sinne, wie sie uns von ihnen angedichtet wird, verwirklicht sehen wollen, drastisch, klassisch verwirklicht, dann mögen sie den Ehebruchs-Prozeß Dilke-Crawford lesen und sich an der

---

Feuilleton.

Zum Verständniß der französischen Revolution.*)

Seit der Revolution des vorigen Jahrhunderts gibt es in Frankreich keine Stände mehr. Mit anderen Worten: die Bevölkerung ist nicht mehr in gesetzlich unterschiedene Kategorien eingetheilt. Aber es gibt immer noch Klassen, d. h. eine Theilung der Bevölkerung in der Weise, daß ein Theil derselben auf Grund der wirthschaftlichen Beziehungen, der materiellen Verhältnisse, sich thatsächlich unter der Abhängigkeit eines anderen befindet.

Für diejenigen, welche die gesetzliche Freiheit und Gleichheit mit der wirklichen Freiheit und Gleichheit zu verwechseln lieben, war die französische Revolution die Revolution von Rechtswegen. Sie ist die Schule der Menschheit gewesen, sie hat die endgiltige Formel ihrer Befreiung gebracht. Und so erstrebt denn auch der bürgerliche Radikalismus in seiner vorgeschrittensten Form lediglich die Durchführung ihrer Prinzipien.

Für Einige von denen dagegen, welche sich nicht fürchten, auf die fortdauernde Abhängigkeit der angeblich emanzipirten Masse hinzuweisen, war die französische Revolution das Werk von Ehrgeizigen und Charlatanen, die vor Allem darauf bedacht waren, die Befreiungsbewegung, welche sie zum Vortheil Aller hätten durchführen müssen, zum Vortheil einer Minderheit zu eskamotiren.

Setzen wir bei den Ersteren denselben guten Glauben voraus wie bei den Letzteren, so sind sie beiderseits Opfer der für die menschliche Erkenntniß so verhängnißvollen metaphysischen Denkweise; sie stellen sich mit ihrem Urtheil außerhalb der wirklichen Verhältnisse. Nach den Einen bestände die Wahrheit fort, nachdem ihre Voraussetzung, die Wirklichkeit, bereits zu existiren aufgehört, nach den Anderen wäre die Wahrheit früher da, als die Wirklichkeit, deren Ausdruck sie ist.

Die Produktionsweise, die Art der Beschaffung 2c. der Lebens- und Genußmittel, wie sie durch den Charakter der Produktionsmittel gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts erheischt war, war in Widerspruch gerathen mit den aus dem Feudalismus hervorgegangenen gesellschaftlichen Einrichtungen. Dieselben erschienen als unsinnig, ungerecht, tyrannisch, weil man Bedürfnisse anderer Art empfand als die, denen sie ihre Entstehung verdankten. Diese Einrichtungen der Vergangenheit galt es durch neue zu ersetzen, die, von der Vernunft diktirt und auf der Gerechtigkeit begründet, die Aera der Freiheit und des Glückes Aller eröffnen sollten. Die zu diesem Behufe von den Denkern jener Zeit verkündeten und von ihnen für die Verwirklichung der absoluten Vernunft und Gerechtigkeit gehaltenen Reformen waren aber thatsächlich nur Reflexe der in ihrem Hirn sich wiederspiegelnden Bedürfnisse des Augenblicks.

Die neuen materiellen Lebensbedingungen fanden sich beengt durch die Schranken, welche das feudale Eigenthum der Produktion und dem Austauschwesen auferlegt hatte. Aus der Zusammenfassung dessen, was ihre Daseinsweise in jenem Zeitpunkt erforderte, entstanden der Begriff des bürgerlichen Eigenthums und die ihm entsprechenden Auffassungen vom Rechte und der Freiheit. Weil der Druck, unter dem die Klasse, die Produktion und Austausch leitete, d. h. die Bourgeoisie, zu leiden hatte, von den feudalistischen Privilegien herstammte, leitete man allen Druck, alle Leiden aus derselben Quelle ab, verband man mit den präzisen, aus den materiellen Thatsachen sich ergebenden Forderungen des Bürgerthums gegen den Feudalismus, die weitgreifendere, aber verschwommenere Sache der Gesammtheit der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter. Man machte so aus dem direkt interessirten dritten Stand den Vertreter aller Nichtprivilegirten, der arbeitenden Masse schlechtweg, und konnte sich allen Ernstes einbilden, daß das, was seine Lage verbessern sollte, gleichzeitig das Loos Aller verbessern werde. In gleicher Weise proklamirte man als Menschenrechte, als ewige Prinzipien, was nur der Ausdruck der Wünsche der Bourgeoisie war, wie sie sich aus ihrer ökonomischen Lage, ihren materiellen Interessen ergaben.

Wenn die Revolutionäre des achtzehnten Jahrhunderts, die Männer der konstituirenden Versammlung und des Konvents, dem Beispiel der Denker desselben folgten und die speziellen Bedürfnisse der Klasse des Bürgerthums in allgemeine Ideen einkleideten, so legten sie sich dabei, Alles in Allem, vollständig Rechenschaft ab von der Aufgabe, deren Ausführung die Erscheinungen des öffentlichen Lebens ihrer Zeit verlangten, und sie haben sie mit einer außerordentlichen Selbstverleugnung und mit wunderbarem Muth ausgeführt. Sie haben zwar nicht, wie sie sagten und wie sie glauben mochten, die Grundlagen der allgemeinen Befreiung errichtet, sondern einzig die der speziellen Befreiung, welche der Gang der historischen Entwicklung, der damalige Zustand der Dinge, erforderte. Kurz, sie haben gehandelt und bewunderungswürdig gehandelt, nach Maßgabe der von ihrer Epoche gegebenen Elemente des Wirkens. Ihnen vorwerfen, daß sie nicht anderes, nicht mehr gethan, heißt ihnen vorwerfen, daß sie nicht gethan, was sich nur aus materiellen Bedingungen, die damals noch nicht existirten, ergeben konnte. Die Menschen machen ihre Geschichte, aber sie machen sie nur unter gegebenen Verhältnissen, die von ihrem Willen unabhängig sind und diesen beeinflussen. Irgend eine historische Epoche im Namen unserer gegenwärtigen Bestrebungen, welches diese auch sein mögen, verurtheilen, heißt die objektiven Faktoren, welche die Menschen jener Epoche beeinflußten, mit den objektiven Faktoren verwechseln, welche unsern Gedankengang bestimmen. Die Menschen einer anderen Zeit dafür tadeln, daß sie anderen Beweggründen als wir gehorchten, hat ebenso viel Sinn als sie dafür zu tadeln, daß sie nicht das moderne Produktionsverfahren in Anwendung gebracht haben.

Die Männer der französischen Revolution haben also die sozialen Verhältnisse, die privatrechtlichen und politischen Beziehungen, den ökonomischen Anforderungen angepaßt, die sich ihrerzeit geltend machten. Damit haben sie die Macht der Bourgeoisie, der Klasse, welche diese Anforderungen verkörperte, besiegelt. Aber bei Ausführung dieser Aufgabe behaupteten sie, die Beseitiger allen Unrechts, die Aufheber aller Mißbräuche, die rächenden Erlöser aus allem Elend zu sein und wurden sie auch als solche betrachtet. Welche Enttäuschung daher, als der Gegensatz zwischen Reichen und Armen, und die Leiden der Letztern, weit entfernt zu verschwinden, noch viel stärker auftraten! Und das war der Fall. Dank dem Umstande, daß die neue Gesetzgebung die Einzelnen auf sich selbst verwies, d. h. sie zwar frei machte, aber ohne die Garantien der Existenz, der Unterstützung, welche mit den früheren Einrichtungen immerhin verbunden gewesen waren.

Wie sich die Bourgeoisie mit Naturnothwendigkeit aus der feudalen Gesellschaftsordnung entwickelt hat, so hat sie nothwendigerweise das Proletariat erzeugen müssen: das Lohnsystem ist die Existenzbedingung des Kapitals. Erst seit der Entwickelung der Großindustrie hat das Proletariat begonnen, sich seiner Rolle als besondere Klasse bewußt zu zeigen; bis dahin war es nur ein formloser Haufen von Hungerleidern gewesen, die sich mehr oder weniger ergeben in ihr Loos geschickt hatten. Diese besitzlosen Hungerleider betrachteten, angeregt von dem Bürgerthum, das ihrer Hülfe bedurfte, die Sache desselben als ihre eigene, und nahmen, da sie von seinem Siege Verbesserung ihres Looses erhofften, im Hinblick auf diese Verbesserung an allen seinen Bewegungen theil. Nur trug der besondere Charakter ihrer Leiden und daher ihrer Leidenschaften dazu bei, ihrer Aktion einen Stempel aufzudrücken, welcher aus ihrer Betheiligung eine Bewegung neben der Hauptbewegung machte. Das geschah namentlich unter der Schreckensherrschaft, während deren die Bewegung der besitzlosen Masse die bürgerliche Bewegung meisterte.

Aber auch diese Masse glaubte an die selbständig helfende Kraft der Freiheit und der neuen Rechte, die doch nur für die Klasse eine ernsthafte Bedeutung hatten und haben konnten, die sie wirthschaftlich auszunutzen im Stande war, d. h. für die Bourgeoisie. Die Eroberung dieser Freiheit, die Praktizirung dieser Rechtsgrundsätze sollten eine auf Ungerechtigkeit und Unterdrückung aufgebaute Gesellschaft von Grund aus umgestalten, und diese Umgestaltung konnte ja nur zu einem, allen Opfern der alten Gesellschaft günstigen Wechsel führen. Diese Hoffnung erhielt sich während der ganzen Dauer der revolutionären Krisis, der unruhigen

*) Aus einer demnächst erscheinenden Abhandlung: „Babeuf und die Verschwörung der Gleichen" von Gabriel Deville.

eigenen Nase zupfen. Herr Dilke, Frau Crawford, Hauptmann Forster u. s. w., alles Vollblut-Bourgeois und Aristokraten, figuriren in diesem superlativen Drama der „freien Liebe", kein einziger Sozialist. Und das Hübscheste bei der Sache ist — die Haupt-Akteure und -Aktricen betrachteten das Ding als etwas ganz Natürliches und Selbstverständliches.

Genug — es hat sich da wieder einmal recht deutlich gezeigt, daß das Schlimme, was unsere Feinde uns anhängen, regelmäßig ihnen selber gehört.

— Ueber die **Konzentration des Grundbesitzes** in den Vereinigten Staaten finden wir in der Stiebeling'schen Schrift: „Die wirthschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten in dem Jahrzehnt 1870 bis 1880" folgende interessante Zahlen:

„Man zählte im Zensusjahr:

1869—70	Farmen von 1—50 Acker Land	1,321,117
1879—80	„ „ „ „	1,175,464
1869—70	Farmen von 50 bis über 1000 Acker Land	1,338,868
1879—80	„ „ 50 „ „ 1000 „	2,833,443

Es hatten also die kleinen Farmen unter 50 Acker Land um 11 Prozent abgenommen, die großen Farmen aber von 50 bis über 1000 Acker Land um 112 Prozent zugenommen.

Noch schlagender wird der Beweis, wenn wir untersuchen, welche von den kleinen Farmen am meisten abgenommen und welche von den großen Farmen am meisten zugenommen haben.

Man zählte:

1869—70	Farmen unter 3 Acker	6,875
1879—80	„ „ „ „	4,352
1869—70	Farmen von 3—10 Acker	172,021
1879—80	„ „ „ „	134,889
1869—70	Farmen von 10—20 Acker	294,607
1879—80	„ „ „ „	254,749
1869—70	Farmen von 20—50 Acker	847,614
1879—80	„ „ „ „	781,474

Demnach hatten die Farmen unter 3 Acker um 37 Proz., die Farmen von 3—10 Acker um 22 Proz., die von 10—20 Acker um 14 Proz. und die von 20—50 um 8 Prozent abgenommen.

Die kleinsten Farmen hatten also am meisten abgenommen.

Man zählte ferner:

1869—70	Farmen von 50—100 Acker	754,221
1879—80	„ „ „ „	1,032,910
1869—70	Farmen von 100—500 Acker	565,054
1879—80	„ „ „ „	1,695,983
1869—70	Farmen von 500—1000 Acker	15,873
1879—80	„ „ „ „	75,972
1869—70	Farmen von über 1000 Acker	3,720
1879—80	„ „ „ „ „	28,578

Es hatten also die Farmen von 50—100 Acker um 37 Proz., die von 100—500 Acker um 200 Proz., die von 500—1000 Acker um 378 Prozent und die von über 1000 Acker um 668 Proz. zugenommen.

Die größten Farmen hatten demnach am meisten zugenommen."

„Wohl selten", bemerkt Stiebeling, „findet sich eine statistische Darlegung, die in allen ihren Grundlagen so mathematisch regelmäßig und genau ist, wie dieser Beweis von der fortschreitenden Konzentration des Kapitals im Landbau der Ver. Staaten..... Es ist anzunehmen, daß die Regelmäßigkeit und Genauigkeit unseres Beweises nicht auf Zufall beruhen, sondern davon herrühren, daß die Grundeigenthumsverhältnisse der Ver. Staaten, unbehindert von allen Schranken des Feudal- und Zunftwesens, sich rein auf dem Boden des Lohnsystems und der freien Konkurrenz entwickeln, und daß deshalb die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz der Konzentration und Akkumulation (Verdichtung und Anhäufung) klar und deutlich zum Ausdruck kommen kann."

In seinem famosen Machwerk: „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie" meint Herr Schäffle, die Sozialdemokraten, welche von einem Aufgehen der Landwirthschaft in den Großbetrieb „träumen", werden „mit großem Nutzen den jüngsten Zensus der Ver. Staaten lesen; denn sie werden hier finden, daß ohne jede Ausnahme Jahrzehnt um Jahrzehnt ... der bäuerliche Betrieb sich mehrte und die Ausdehnung der Farm sich minderte." (S. 26.) Nun, die Sozialdemokraten haben den Zensus gelesen und haben gefunden, daß die professorale Exzellenz oder der exzellente Professor Schäffle die absoluten Zahlen des Zensus unbesehen als maßgebend hingenommen; denn absolut genommen, hat allerdings, was sehr natürlich, mit der Vermehrung der Zahl der Farmen die durchschnittliche Größe derselben nicht Schritt gehalten. Das erklärt sich aus dem wachsenden Anbau des bisher unbenutzt gelassenen Bodens, sagt aber nichts über die Entwicklung der Verhältnisse des bereits bebauten Landes, und auf diese kommt es allein an. Um auf die ganz abnormen Verhältnisse, wie sie namentlich in den dünnbevölkerten West-Staaten der amerikanischen Union bestehen, eine Theorie aufbauen zu können, die auf Europa Anwendung finden soll, dazu muß man in der That den Weg nach Damaskus gefunden haben vom Zukunftsstaatsphilosophen zum klerikal-konservativen Gesellschaftsretter.

x. **Ein Darwinianer, der noch etwas zu lernen hat,** ist ein Herr Dr. C. Keller, der in der „Neuen Zürcher Zeitung" naturwissenschaftliche Artikel veröffentlicht und dabei zu dem sonderbaren Schluß gelangt ist, weil auf den Inseln Bourbon, Mauritius u. s. f. gewisse, nicht durch den Kampf ums Dasein zur Vorsicht und Gewandtheit erzogene Thiergattungen untergegangen sind, so bedürfe das Menschengeschlecht, wenn es nicht auch untergehen wolle, des Kampfes um das Dasein.

Herr Dr. C. Keller scheint nicht zu bedenken, daß sein Darwinismus die Menschen zur reinen Thierheit und Bestialität verurtheilen würde. Der gute Mann hat offenbar keine Ahnung davon, daß der Kampf ums Dasein, oder anders ausgedrückt: das Recht des Stärkeren, von den Menschen beschränkt worden ist, seit sie eine sogenannte Kultur oder Zivilisation haben. Er scheint nicht zu wissen, daß der ganze moderne Staatsbegriff die absolute Negation dieses Rechtes des Stärkeren ist, und daß, wenn heute noch in ausgedehntem Maße das Recht des Stärkeren, das heißt das Recht der Unterdrückung und Ausbeutung, herrscht, dies seinen Grund darin hat, daß in Folge der Klassenunterschiede der Staatsbegriff nicht zur vollen Verwirklichung gelangen konnte. Sind die Klassenunterschiede, diese Ueberreste des thierischen Zustandes, wo der Kampf ums Dasein unbeschränkt wüthete — sind die Klassenunterschiede durch eine gerechte und vernünftige Gesellschaftsorganisation beseitigt, so hören, mit dem Klassenstaat, auch die letzten Reste des thierischen Kampfs ums Dasein auf.

Oder glaubt Herr Dr. C. Keller, um nicht dem Schicksal gewisser Thiergattungen der Inseln Mauritius und Bourbon zu verfallen, sollten die Menschen sich wieder frisch, fromm, fröhlich im „Kampf ums Dasein" üben und herumtummeln, einander betrügen, berauben, todtschlagen — wie das der Kampf ums Dasein als unabweisbare Konsequenz mit sich bringt? Schade nur, daß das Strafgesetzbuch den Kampf ums Dasein mit so schweren Strafen belegt hat; sind doch alle Vergehen und Verbrechen, die in dem Strafgesetzbuch vorkommen, nur Konsequenzen des Kampfes um das Dasein. Der Dieb, der Betrüger, der Mörder, der Sittlichkeitsverbrecher, sie alle können sich auf das Evangelium des Kampfes um das Dasein berufen und spielend den Nachweis erbringen, daß sie nur den Geboten ihres Selbsterhaltungstriebes und ihrer Natur gefolgt sind, ganz wie die wilden Bestien, in denen Herr Dr. C. Keller die Vorbilder der menschlichen Gesellschaft — nein, der Menschen erkennt. Denn unter der Herrschaft des Kampfes ums Dasein kann es überhaupt keine Gesellschaft geben. Der Gesellschaftsbegriff ist gleich dem Staatsbegriff die Negation des Kampfes ums Dasein.

Gelüstet es Herrn Dr. C. Keller nach einer eingehenderen Lektion, so stehen wir ihm gern zu Diensten.

— Nach der **neuesten Berliner Polizeipraxis** wird jede Versammlung, in der ein Sozialdemokrat das Wort ergreift, aufgelöst, ausgenommen natürlich, wenn es eine Stöcker'sche Polizeiversammlung ist, die von der Polizei, d. h. von den Gönnern und Beschützern der Stöcker und Konsorten, natürlich nicht aufgelöst wird. In der ersten Zeit nach den 1878er Attentaten verfolgte die Berliner Polizei eine ähnliche Praxis, kam jedoch, aus dem einen oder anderen Grund, wieder davon zurück. Jetzt frischt der Puttkamer mit der ihn auszeichnenden Originalität des Geistes von Neuem in jener alten Polizeipraxis sein Heil. Der Ihring-Mahlow wird wohl seine staatsmännische Egeria*) dabei gewesen sein.

Jedenfalls gehört es zum System Ihring-Mahlow.

Wenn die Berliner Arbeiter sich nicht öffentlich versammeln können, müssen sie es geheim thun — es werden geheime Gesellschaften organisirt, und dann blüht der Weizen der Ihring-Mahlow und Puttkamer.

Nun — die Berliner Arbeiter haben eine gute Sicherheitspolizei, und dem Puttkamer und seinen Puttkämerlingen wird die staatsretterische Dynamiterei nicht so leicht gelingen, wie das biedere Völkchen sich einbildet.

— **Eine drastische Antwort.** Angesichts des Beschlusses der belgischen Arbeiterpartei, an der auf den 15. August angesetzten Demonstration zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts festzuhalten, hat der Generalstaatsanwalt Bosch vom Appellationsgericht in Brüssel ein Rundschreiben an alle ihm unterstellten Staatsanwälte erlassen, in denen er sie auffordert, ihm schleunigst Mittheilung zukommen zu lassen über die voraussichtliche Zahl der aus ihrem Bezirk an der Demonstration Theilnehmenden, über Name, Gewerbe, Wohnort und Vorleben der Führer derselben, über ihre weiteren Absichten, sowie über alle sonstigen Thatsachen, welche ein Urtheil ermöglichen über den Charakter der geplanten Manifestation und über die Maßregeln, welche sie in Hinblick auf Unterdrückung von Verbrechen nöthig machen könnten. „Die Wichtigkeit der Mittheilungen," schließt das Rundschreiben, „um die ich Sie ersuche, brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen. Ich rechne daher auf Ihre Wachsamkeit, um sie mit der Sorgfalt einzuholen, welche die Umstände erheischen."

Als Antwort auf dieses, die Arbeiterschaft beleidigende Vorgehen veröffentlicht der Generalsekretär der Arbeiterpartei, J. Maheu, in der jüngsten Nummer des zu Brüssel erscheinenden „Peuple" ein in genau denselben Ausdrücken abgefaßtes Rundschreiben an die Sekretäre der zur Partei gehörigen Vereine. Es heißt darin: „Wir empfehlen Ihnen, uns zu unterrichten über Name, Alter, Wohnung und Vorleben derjenigen, welche an dieser ungesetzlichen Untersuchung theilnehmen. Wir wünschen so gut als möglich unterrichtet zu sein über die Absichten, von denen diese Inquisitoren beseelt sind, sowie über alle sonstigen Thatsachen, welche uns ein Urtheil ermöglichen über den Charakter der angeordneten Recherchen und über die Maßregeln, welche sie im Hinblick auf begangene Ungesetzlichkeiten nöthig machen könnten. Die Wichtigkeit der Mittheilungen, um die wir Sie ersuchen, brauchen wir nicht auseinanderzusetzen. Wir rechnen daher auf Ihre Wachsamkeit, um sie mit der Sorgfalt einzuholen, welche die Umstände erheischen."

Die Antwort ist derb, aber verdient.

— **Ein bubenhaftes Meisterstück.** Aus Leipzig schreibt man uns: „Ende April d. J. wurde in Leipzig der Fachverein für Kürschner und Berufsgenossen aufgelöst. Obwohl wir nun schon an die Auflösung von Fachvereinen gewohnt sind, so verdient doch diese insofern besondere Erwähnung, als ihr eine niederträchtige Denunziation von seiten der Meisterschaft zu Grunde liegt, die wohl verdient, an den Pranger gestellt zu werden. Die Kürschnergehülfen Leipzigs hatten längst eingesehen, daß sie von der Meistergesellschaft nach Kräften sollten heruntergedrückt werden. Hatte doch ein gewisser Döschner, Dresdener Innungsmeister, in einer außerordentlichen Versammlung deutscher Kürschnermeister am 23. September 1884 zu Leipzig eine Rede gehalten, worin der Patron, neben verschiedenen Geistreichigkeiten, erklärte, daß die einseitigen Anmaßungen der Arbeiter nicht geduldet werden dürften. Und worin bestanden diese Anmaßungen? Die Gehülfen hatten eine Herberge gegründet, weil die Innungsherberge sich auf der Herberge zur Heimath befindet, wo die Reisenden unter der Firma der christlichen Liebe von den Pfaffen der Arbeiterbewegung entzogen und zu Muckern gemacht werden sollen. Ferner hatten sie eine Fachschule gegründet und beschäftigten sich mit der Lehrlingsfrage, mit Arbeitsnachweis und der Unterstützung reisender Kollegen, während die Herren Meister nur darauf bedacht waren, die Arbeiter während der Saison nach Kräften auszunützen — durch oftmals 16stündige Arbeitszeit 2c. — um ihnen dann nach Weihnachten den Stuhl höhnend an die Thüre zu setzen. Versprechungen auf dauernde Arbeit werden ja von jedem Meister gegeben, aber mit wenigen löblichen Ausnahmen selten gehalten. Infolge dieser Zustände entstand nun unter den Arbeitern das dringende Bedürfniß der Zentralisirung, um dieser nichtswürdigen Ausbeuterei entgegentreten zu können.

Es trat am 17. August 1885 ein Delegirten-Kongreß deutscher Kürschnergehülfen in Leipzig zusammen, in welchem die mißliche Lage und die Hungerlöhne genügend besprochen und die Gründung eines Verbandes deutscher Kürschnergehülfen beschlossen wurde. Nachträglich wurde Leipzig als Ort des ersten Kongresses bestimmt, welcher während der Ostermesse 1886 stattfinden sollte.

Dieser Kongreß durfte nun nach Ansicht der Meister nicht zu Stande kommen, denn die „Vereinigten" hätten ja den unsauberen Patronen das Handwerk etwas legen und ihr schamloses Benehmen gebührend kennzeichnen können. Und so wurde denn eine ganz gemeine Denunziation eingereicht (ob von einem „Stadtverordneten", weiß ich nicht), welche besagte, daß die zum Fachverein gehörende Fachschule nach dem famosen sächsischen Vereinsgesetz hätte besonders eingeschrieben werden müssen, was nicht geschehen sei.

Natürlich war die gemüthliche Leipziger Polizei gleich dabei, den Fachverein zu schließen und die Vereinskasse, in welcher sich zirka 800 Mark befanden, mit Beschlag zu belegen. Gewiß zu ihrem größten Aerger mußte sie indeß das Geld wieder herausgeben, aber der Fachverein ist trotz aller Bemühungen der Genossen bis heute geschlossen.

Nun, Ihr Meister, es thut nichts, Euer Stolz legt sich auch noch. Ihr seid zu spät aus Eurer Schlafmützigkeit erwacht, um die Bewegung hemmen zu können, und wir werden den Kampf der Arbeiteremanzipation muthig weiter kämpfen und Euer reaktionäres Streben zu Schanden machen!" —

Es scheint in der That, als ob die Herren Innungsmeister nur in einer Fähigkeit exzelliren: im Denunziren. Hoffentlich dehnen sie den erstrebten Befähigungsnachweis auch auf diese modernste aller Tugenden aus.

— **Eine Genugthuung.** Die Hamburger „Bürger-Zeitung", der Niemand besondere Vorliebe für unser Blatt vorwerfen kann, hat vor einigen Tagen nun auch die Schramm'sche „Studie" über „Rodbertus, Marx, Lassalle" einer Besprechung unterzogen und kommt dabei zu folgendem Urtheil:

„Der (von dem Verleger der Schrift im „Recht auf Arbeit". Anmerkung der Redaktion des „Sozialdemokrat".) vorausgeschickte ruhig referirende Abschnitt über die Theorie von Rodbertus stand fast ganz vereinzelt da. Die übrigen 69 Seiten waren zum überwiegend größeren Theile mit recht unerquicklicher und ungeschickter Zänkerei oder mit Ausführungen über die gänzlich unbrauchbaren praktischen Vorschläge von Rodbertus angefüllt. Schon die Veröffentlichung im „N. a. A." hatte am Schluß einen Abschnitt, der diese verfehlten Ideen ziemlich breit darlegte und von uns nicht wiedergegeben wurde, weil uns dies Verweilen auf Geringwerthigem durchaus nicht anmuthete. Von einem objektiven, wirklich kritisch-historischen Eindringen in die Entwicklung des sozialpolitischen Gedankens keine Spur! Aber ebensowenig eine Spur von der befürchteten raffinirten Bosheit, vor der gewarnt werden müsse! Die Polemik Schramm's trifft so gar nicht ins Schwarze, daß sie kaum Jemandem schadet, als ihm selbst. Auf einigermaßen klardenkende Arbeiter werden seine Ausführungen schon deshalb keinen Eindruck machen, weil er, sozusagen als Schlußtrumpf, auf Pag. 87—89 ihnen einen allen Rodbertus'schen Vorschlag zum Bedenken empfiehlt, der heute unmöglich etwas anderes als Bedauern hervorrufen kann.

Die Schrift nützt also wenig und schadet wenig — Unbedeutendheit in jeder Beziehung ist ihre Haupteigenschaft. Wir hielten uns deshalb vorläufig der Verpflichtung überhoben, auf sie einzugehen. Wenn wir jetzt noch auf dieselbe zurückkommen, so hat das darin seinen Grund, daß allerdings in einer Beziehung doch ein gewisser Schaden durch das Opus angerichtet werden kann, den wir bislang vielleicht unterschätzt haben."

Und nun wendet sich die Redaktion der „B.-Ztg." gegen die von Herrn Schramm beliebte Definition des „Dogma des Marxismus" und sagt mit Bezug auf die, auch von uns zurückgewiesene Auslegung des Satzes von der Gewalttheorie:

„Diese Definirung des — oder eines — Marxschen Dogmas ist total falsch, und es muß gegen dieselbe entschieden protestirt werden." —

Als vor nunmehr einem halben Jahre die Schramm'sche Schrift erschien, waren wir die Einzigen, die sich verpflichtet fühlten, den Unwerth derselben nachzuweisen und der für dieselbe in deutschen Arbeiterblättern gemachten Reklame entgegenzutreten. Es hat uns dafür an Angriffen und Unterstellungen aller Art nicht gefehlt. Wir ließen uns jedoch nicht beirren, sondern hielten, im Bewußtsein unseres guten Rechts, an unserem, auf sorgfältiger Prüfung beruhenden Urtheil fest.

Neuerdings haben wir nun die Genugthuung, daß eine Stimme nach der anderen sich erhebt, welche uns — wenn auch nicht in allen Punkten, so doch in der Hauptsache — Recht gibt, darin nämlich, daß, um mit der „Bürger-Zeitung" zu reden, die Schramm'sche Schrift eine „gut orientirende und anregende historische Studie über die drei genannten hervorragenden Denker" nicht ist. Und man wird es begreiflich finden, wenn wir angesichts gewisser Vorgänge uns veranlaßt sehen, das ausdrücklich zu konstatiren.

— Aus **Argentinien** schreibt uns ein alter Genosse unterm 14. Juni: Hier sende ich einen Ausschnitt aus dem Schmierblatt „Deutsche La Plata Zeitung" in Buenos Aires, die in Schweifwedelei 2c. der Dresdener Eselswiese, „Nachrichten" genannt, nichts nachgibt, an politischer Ignoranz und Verlogenheit dagegen alles derartige, einschließlich der berühmten deutschen Wurst- und Käse-Literatur (vulgo „Amts- und Rathsblättchen") in Schatten stellt.

Also lesen und — staunen Sie nicht!

„Niemand (sagt dieser Schmöcker, im Brustton der hellen patriotischen Entrüstung) hat in der argentinischen Presse protestirt, als der Sozialdemokrat Bebel von der Tribüne des deutschen Reichstages herab sagte, „daß er der erste sein würde, der die Hand gegen den Kaiser erhöbe, wenn man in Deutschland zu russischen Zuständen gelange, Niemand hat dagegen protestirt, wohl aber haben wir in verschiedenen hiesigen Blättern Lobsprüche auf den Sozialistenführer lesen müssen," — und natürlich pocht dieser „Moniteur" für verkrachte deutsche Bourgeois-, Abenteurer- und Beutelschneider-Existenzen darauf, daß seine knüppeldicke Lüge ungestört ihre Wunder wirken werde in unserem dasigen deutschen Gesellschaftssumpf.

Der Gauner der „La Plata Zeitung" fälscht (beiläufig hier zu Lande eine der beliebtesten und lohnendsten Erwerbsarten gewisser Leute) frischweg Bebel die Worte in den Mund, „daß er die Hand gegen den Kaiser erhöbe, **wenn** 2c. 2c. 2c." Daß Bebel die Person des Kaisers gar nicht berührte, sondern lediglich den Standes- und Gesinnungsgenossen der privilegirten Fürstenmörder in Erinnerung brachte, daß sie in einem sehr dünnen Glashause sitzen, also besser das Steinewerfen gegen unsere Partei so lange einstellen sollten, bis sie uns mit thatsächlichen Beweisen kommen könnten; daß er lediglich davon sprach, der Erste sein zu wollen, der seine Hand zur Beseitigung russischer Zustände bieten würde, **wenn** solche auch in Deutschland platzgreifen sollten, das darf natürlich unser Reichspuppentheater-Zettel, genannt „Deutsche La Plata Zeitung", seinen verkumpten deutschen Baronen, Grafen, Hochstaplern, Junkern, Abenteurern aus den höheren Gesellschaftsklassen nicht zugestehen. Müßte er doch damit auch zugestehen, daß in Deutschland russische Zustände möglich wären.

Dies berichte ich übrigens nur, um zu zeigen, was sich hier argentinische Presse nennt, und welche Sorte von Kunstdünger hier angewendet werden muß, um den christlich-germanischen Geist zur „Entrüstung" kaiserlich wach zu kitzeln.

Diese Sorte von deutschen Reptilienblättern in verschiedenen Republiken ist ein deutliches Zeichen für den Kern und Werth solchen Republikanerthums.

Zur „Bourgeoisie" avancirte Ex-Adlige, Abenteurer, Thunichtgute, Tagediebe u. s. w. bestehlen, berauben, beschwindeln, beplündern, bedrücken das arme arbeitende Volk, faullenzen, prassen, und schmieren ihm den patriotischen und frommen Syrup um's Maul, daß es nicht zu laut aufschreie. — Bourgeois spielt Regent und Staatsmann, Bourgeois spielt Soldat, Bourgeois spielt Rechts- und Eigenthumshüter, Bourgeois ist kaisertreuer Republikaner und republikanischer Kaiserfreund — hier wie dort und dort wie anderwärts — Sie kennen es ja auch zur Genüge — Alles ums Geld, Alles zur Erhöhung der eigenen Lebenslust. Und das Volk hier? „Republikaner" am Narrenseil dieser Sippe, ausgeschunden am Leib, — und am Geist? Noch tausend Seemeilen unter der „Deutschen La Plata Zeitung". Nicht wahr, das will viel heißen? Daß Gewohnheits-Berufs-

---

Periode des als unvermeidlich erkannten Ueberganges von dem, was war, zu dem, was sein sollte.

Kaum war die Ruhe einigermaßen hergestellt und hatte die Situation sich zu klären begonnen, als man merkte, daß dieselbe für die Besitzlosen keine Erleichterung zur Folge hatte, daß für die Hungerleider die Revolution todter Buchstabe gewesen war. Im Gefolge von revolutionären Maßregeln war 1793 nahezu die Hälfte des Grund und Bodens von Frankreich, in Paris zwei Drittel aller Häuser, wieder in den Besitz der Nation gelangt. — Nun, als am 9. Thermidor (den 27. Juli 1794) Robespierre fiel, hatten die Proletarier, denen man große Versprechungen gemacht — eine Milliarde Acker als Vertheidiger des Vaterlandes, sowie die Vertheilung der Güter der Verdächtigen an Alle — nicht einen Brocken von den Gütern der Emigranten noch von den Kirchengütern erhalten; hier und da hatte man einige Parzellen Gemeindegüter unter sie vertheilt, und keine andere Zutheilung sollte ihnen werden.

Den großen Bürgern, die im Kampf für den Triumph ihrer Klasse ihre Mission idealisirt und für das gewirkt hatten, was in ihren Augen unsterbliche Prinzipien waren, folgte ein Regierungspersonal, das nur ein Werkzeug war der positiven Bourgeois, der Kapitalisten, der Spekulanten, die einzig dafür sorgten, das zu erhalten (konserviren), was die Ereignisse ihnen verschafft hatten, zu schützen, was sie genommen hatten, und immer noch mehr zu nehmen.

Die, welche von einem allgemeinen Glückszustand geträumt, begriffen nicht, daß die historische Aufgabe der Männer von 1793, die diese so gut erfüllt, beendet war. Immer noch getragen von der Idee, daß die Revolution das Reich der absoluten Gerechtigkeit und der vollständigen Gleichheit bringen müsse, mußten sie sehen, daß die Privilegien nur die Form geändert, und so sprachen sie von spitzbübischem Betrug — welches Wort die Reaktion und das Elend, die dem 9. Thermidor folgten, rechtfertigten — so beschlossen sie, die Revolution wieder auf den Weg zu bringen, von dem sie ihnen seit jenem Tage abgewichen zu sein schien; zu vollenden, was sie einfach als angefangen betrachteten, und endlich den Wohlstand Aller zu verwirklichen. Um dem nicht bemerkten Fehlen der materiellen Voraussetzungen dieses Wohlstandes abzuhelfen, mußten sie ein System aufstiefeln, das nach ihrer Ansicht geeignet war, seinen Bestand zu sichern. Das that Babeuf, das versuchte die Verschwörung der Gleichen.

Ein solches Unternehmen war, selbst wenn der Handstreich gelang, angesichts des unentwickelten Charakters der interessirten Klasse und der Unzulänglichkeit der Lebensmittel, zum schließlichen ökonomischen Mißerfolg verurtheilt; doch ist es, als Kundgebung der Vertreter einer im Entstehen begriffenen Klasse, die sich selbst noch nicht kennt, darum von nicht geringerer Bedeutung.

---

*) Eine Nymphe, welche nach der Sage dem König Numa Pompilius in nächtlichen Zusammenkünften Unterricht im Staats- und Religionswesen ertheilt haben und nach seinem Tode, über den sie ununterbrochen weinte, in eine Quelle verwandelt worden sein soll. Möge ein gütiges Geschick unsern Ihring vor gleichem Loos bewahren!

lügner dieser Sorte ihre Lügen berichtigen, ist nicht anzunehmen. Ich schreibe also lediglich, um der künftigen Geschichtschreibung ein dankbares Material in unserer Presse zu sichern.

Aus Mangel an Stoff und — „nothgedrungen" lügt übrigens unsre argentinische Presse (vulgo „La Plata Zeitung") oft wie ein Major. Sie kennen ja diese Sorte, die nebenbei ein ehrliches Handwerk verachtet und die der Volksmund in die lustige Parallele stellt:

„Der Esel trägt gar langes Ohr
Und Epauletts trägt der Major."

Dummheit wie Schamlosigkeit gehen hier wie anderwärts meist Hand in Hand, sie müssen auch hier überwunden werden.

Der rothe Gaucho.

n. **Ein neuer Polizeikniff**, auf den wir die Genossen aufmerksam machen müssen, ist folgender:

Da die Kellner, von denen sich viele auch nicht zum infamen Spitzelhandwerk hergeben, allgemein verdächtig sind und die sogenannten „Geheimen" durch ihren Haarschnitt, die Stiefel und vor Allem die konfiszirten, halb frechen und halb scheuen Gesichter von einer verzweifelten Oeffentlichkeit sind, welche die der öffentlichen Dirnen um das Zehnfache übertrifft, ist Papa Puttkamer, der bekanntlich eine phänomenale Pfiffigkeit besitzt, auf die geniale Idee verfallen, halbwüchsige Bürschchen von 15 bis 17 Jahren in Polizeidienste zu nehmen. Solche Buben stellen notorisch zu den Auditorien der Gerichtssäle das zahlreichste Kontingent und werden dort auch für das Puttkamer-Heer rekrutirt; sie bieten den dreifachen Vortheil, daß sie erstens zu jeder Lumperei bereit sind — denn sie besuchen ja die Gerichtsverhandlung nur, um zu lernen, wie man Spitzbübereien und sonstige Verbrechen begeht; und wer schuftig genug ist, Spitzbube, Betrüger oder Einbrechen werden zu wollen, hat auch das Zeug zu einem Spitzel —; daß sie zweitens für wenig Geld zu haben sind; und drittens endlich, daß sie keinen Argwohn erregen. —

Nun — Puttkämerchen war von seiner Idee so entzückt, daß er sie durch seine Polizeiapostel in allen Städten und Landen des Reichs der Gottesfurcht und frommen Sitte verbreiten ließ.

Und summa summarum, wenn irgend ein junger Tagedieb von 15 bis 17 Jahren, der sich mit der Stinkadores-Zigarre abquält und nebenbei auf Gespräche horcht, einem ehrlichen Genossen in den Weg kommt, so gebe er ihm — aus rein sanitätlichen Gründen — eine Ohrfeige, daß ihm die Zigarre aus dem Mund fliegt; und wenn der Bursche etwas älter ist, dann — gebe er ihm zwei! Probatum est!

Unser Puttkamer aber ist ein großer Mann.

— Man schreibt uns:

„Am 27. Juli stand in Berlin Termin an gegen den Redakteur der „Freisinnigen Zeitung", weil derselbe die Rede des Genossen Heine im Reichstag über seine Behandlung im Gefängniß abgedruckt hatte. Natürlich mußte der Redakteur verurtheilt werden, und zwar wurde auf 500 Mk. Geldstrafe erkannt. Interessant ist für uns allein der zweite Theil der Vertheidigungsrede des Rechtsanwalts Dr. Grelling, welchen nach dem in diesem Prozeß seitens des Gerichts selbst ausgesprochenen Grundsatz natürlich kein deutsches Blatt abzudrucken wagt.

Dr. Grelling sagte: „Der Beweis der Wahrheit der Heine'schen Angaben im Reichstage ist vollständig erbracht. Herr Heine geht in voller Integrität (Unanfechtbarkeit) aus diesem Prozesse hervor — nicht so der Herr Staatsanwalt Schöne. Derselbe hat selbst zugegeben, daß er den damaligen Gefangenen Heine in eine kleinere, dunkle Zelle hat bringen lassen, nachdem ein Stück Wurst bei ihm gefunden worden, und daß er eine Verfügung erlassen, wonach Herr Heine nicht eher aus dieser Zelle herauskommen sollte, bevor er nicht gestanden. — Das ist unzweifelhaft ein Zwangsverfahren, um ein Geständniß zu erpressen, und ich zweifle nicht, daß sich ein Gericht finden wird, welches das Urtheil in diesem Sinne aussprechen wird."

Angesichts der Art, wie die reaktionäre Presse den Prozeß auszuschlachten sucht, bedarf die vorstehende, uns von gut unterrichteter Seite zugesandte Notiz keiner besonderen Erläuterung.

— **Von Nah und Fern.** Im Chicagoer Anarchisten-Prozeß sind einige frühere Mitglieder der anarchistischen Organisationen als Staatszeugen aufgetreten; einer derselben, der Schreiner Waller, hat indeß im Kreuzverhör gestanden, daß er von dem Gehilfen des Staatsanwalts Geldunterstützungen empfangen. Wir kommen in nächster Nummer auf den Prozeß zurück, und wollen heute nur unsere Leser noch einmal vor den Berichten der Tagespresse warnen, die alle einseitig im Sinne der Staatsanwaltschaft gefärbt sind. Ganz besondere Vorsicht empfehlen wir namentlich gegenüber dem Washingtoner Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung", der die gröbsten Lügen der kapitalistischen Hetzpresse gläubig nachplappert. — Papst Leo hat zur Jubelfeier der Universität Heidelberg einen Delegaten entsendet, über welches liebenswürdige Entgegenkommen die liberale Presse vor Entzücken schier aus dem Häuschen ist. Hier wäre das timeo danaos et dona ferentes sicher mehr am Platze, wenn in Bezug auf den Geist, der heute auf den Universitäten herrscht, überhaupt noch viel zu fürchten wäre. — Der aus Oesterreich gebürtige Schuhmacher D. Zinner, Redakteur des Schuhmacher-Fachblattes, ist als Ausländer aus Gotha ausgewiesen worden. Die Beziehungen der Regierungen von Deutschland und Oesterreich sind die herzlichsten, nicht minder herzlich sind die Beziehungen der Regierungen von Rußland und Deutschland, infolge dessen man in Deutschland fortfährt, die russischen, und in Rußland fortfährt, die deutschen Staatsangehörigen in der brutalsten Weise aus dem Lande zu treiben. —

— **Frankreich.** Unsere Genossen Jules Guesde und Paul Lafargue, sowie Louise Michel und Dr. Susini sind nun wirklich wegen ihrer am 3. Juni im Chateau d'Eau gehaltenen Reden unter Anklage gestellt worden. Sie sollen zu Mord und Plünderung aufgefordert haben, Vergehen, welche, wenn ohne Erfolg geblieben, mit Gefängniß von 6 Monaten bis zu 2 Jahren und mit Geldstrafe von 100 bis 2000 Franken bestraft werden. Letzteres leuchtet uns namentlich ein. Da die Aufgereizten nicht geplündert haben, so plündert der Staat „von Rechtswegen" die „Aufreizer".

Der „Cri du Peuple" schreibt mit Bezug auf die den Angeklagten untergeschobenen Worte:

„Höchstens könnten wir den Gallimathias, den die Anklage unseren Freunden in den Mund legt, ungeschickt finden. Den Teufel auch! Ohne gerade Mitglieder der Akademie zu sein, verstehen eine Louise Michel und ein Jules Guesde doch ihre Sprache — die Herren Richter werden sich durch eigenes Hören davon überzeugen. Und im Interesse der Staatsanwaltschaft hätte man, um die Behauptungen der Anklage nicht aller Wahrscheinlichkeit zu berauben — da man das Spitzelpersonal aus unterrichteteren Kreisen nehmen und seinen Lohn etwas erhöhen konnte — sie wenigstens französisch sprechen lassen sollen."

Jedenfalls steht ein Tendenzprozeß der Republik sehr schlecht an.

Bei den am Sonntag stattgehabten Ergänzungswahlen zu den Generalräthen, die im Großen und Ganzen an dem Stärkeverhältniß zwischen Monarchisten und Republikanern nicht viel änderten, haben die Sozialisten verschiedene Erfolge davongetragen. In Marseille siegte im vierten Bezirke der Kandidat der revolutionären Sozialist, Gras, über einen Radikalen, in St. Pierre-les-Calais schlug der republikanische Sozialist Cazin mit 4407 Stimmen den konservativen Republikaner Ribot, der 4306 Stimmen erhielt, in Montluçon (Dep. Allier) kommt der Kandidat unserer Genossen mit 1687 Stimmen gegen einen Opportunisten in Stichwahl, der 1079 Stimmen erhielt, in Besseges erhielt der sozialistische Arbeiterkandidat Reboul 1853 Stimmen gegen 2262 reaktionäre Stimmen.

Es geht trotz alledem vorwärts.

Der Pariser Gemeinderath hat mit 33 gegen 32 Stimmen einen Antrag angenommen, in allen Werkplätzen der Staat die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Der Antrag der Sozialisten auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages, für welchen Charles Longuet in einer vortrefflichen Rede eintrat, war mit 42 gegen 18 Stimmen abgelehnt worden. Doch ist schon die Annahme des 9-stündigen als ein Erfolg der sozialistischen Agitation zu betrachten.

Ueber die Konsequenzen dieses Beschlusses sagt ein Korrespondent der Münchener „Allgemeinen":

In dieser Angelegenheit ist der Gemeinderath sein eigener Herr; er ist souverän. Seine Initiative und sein maßgebendes Beispiel werden vom Staate bei seinen Bauten, Lieferungen, Kontrakten im Departement der Seine dieselben Verfügungen und Zugeständnisse aufdrängen, welchen sich sonstige Arbeitgeber ebenfalls nicht leicht entziehen werden. Da das Beispiel von Paris maßgebend für ganz Frankreich zu sein pflegt, wird der Pariser Normalarbeitstag einem Departement nach dem andern, zunächst den größeren Provinzstädten, aufgedrungen werden. Der Pariser Gemeinderath hat also in Wirklichkeit eine Parlamentsakte votirt und in einer Angelegenheit, worüber die Kammer sich nicht auszusprechen wagen würde, eine über das Land sich erstreckende Entscheidung getroffen. Es wurde dies von dem Antragsteller Ch. Longuet beabsichtigt, welcher damit im Gemeinderathe glänzend debütirte. Als Schwiegersohn und doktrinärer Nachfolger von Karl Marx, als gewesenes Regierungsmitglied der Kommune und als Redakteur der Clemenceau'schen „Justice" hat er den von ihm eingebrachten Antrag, der jedoch auf einen Normaltag von 8 Stunden lautete, mit erschöpfender und wissenschaftlicher Gründlichkeit, mit erstaunlicher Kenntniß der gleichartigen Vorgänge und Verfügungen in England und Nordamerika diskutirt." — Diese verfluchten Sozialisten!

Korrespondenzen.

Crimmitschau. (Schluß der Korrespondenz in voriger Nummer.) In einem ähnlichen Prozesse wurde ein Arbeiter wegen Majestätsbeleidigung zu 9 Wochen Gefängniß verurtheilt. In unserem Nachbardorf Gablenz waren 3 Straßenarbeiter beschäftigt, von denen einem eine Hacke gestohlen worden war, und zwar am Geburtstage des deutschen Kaisers. Der Bestohlene beschuldigte nun seinen Kollegen des Diebstahls, worüber jener aufgebracht bemerkt haben soll: „Ihr denkt wohl, ich bin auch so ein Spitzbub' wie der, der heute seinen Geburtstag hat." Die beiden Andern denunzirten ihn hierauf, was seine Verurtheilung zur Folge hatte. Der eine hiervon, welcher auf den Namen Heß hört, wird nun der Schwiegervater des in dem Taubert'schen Prozeß erwähnten Hauptdenunzianten Jakobsen, gewiß eine nette Sippschaft!

Anschließend an diese Vorkommnisse sei noch ein Fall von Polizeiwillkür erwähnt:

Am 28. Juni wurde Genosse Anton Behr aus Crimmitschau und aus ganz Sachsen ausgewiesen. Der betreffende Ukas ist zu interessant, als daß wir denselben den Lesern vorenthalten könnten. Er lautet:

An den Tuchmacher Herrn Anton Behr hier.

„Nachdem zur Kenntniß der unterzeichneten Behörde gelangt ist, daß Sie während Ihres Aufenthaltes in Oesterreich zu wiederholten Malen wegen Theilnahme an einer geheimen sozialistischen Gesellschaft bestraft, dieserhalb auch aus der Stadt Reichenberg für immer ausgewiesen worden sind, und weiter wahrzunehmen gewesen ist, daß Sie auch hier sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen huldigen und dieselben in öffentlichen Versammlungen als Redner in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise an den Tag legen, so wird Ihnen, als einem gemeingefährlichen Reichs-Ausländer, hiermit der fernere Aufenthalt in hiesiger Stadt versagt und werden Sie gleichzeitig aus dem Gebiet des Königreichs Sachsen ausgewiesen.

Sie haben demgemäß binnen drei Tagen, von Empfang dieser Verfügung an gerechnet, die Stadt und das Land zu verlassen, bei Vermeidung zwangsweiser Wegweisung.

Im Falle verbotswidriger Rückkehr haben Sie Bestrafung gemäß § 361 Ziffer 2 des R.-Str.-G.-B. zu gewärtigen.

Crimmitschau, 26. Juni 1886.

Der Stadtrath.
ges. Schneider.

Nun ist der Staat gerettet. O diese Kreaturen!

Man weiß nicht, was dabei größer ist, die Niederträchtigkeit oder die Dummheit. — —

Zum Schluß wollen wir noch eine Affäre erwähnen, welche seinerzeit viel Staub aufwirbelte. Vor einigen Wochen hatten einige Freunde mit Familie eine Waldpartie in die Hardt unternommen, wo sie sich mit harmlosen Spielen unterhielten. Die heilige Hermandad durfte natürlich hiebei nicht fehlen und kam alsbald in einigen Exemplaren von Schand-Armen zum Vorschein, zumal ein Ausflüger sich den Spaß erlaubt haben soll, ein rothes Tüchel an einen Stecken zu binden. Das ist natürlich äußerst aufreizend, namentlich auch für — Ochsen. Ein Gensdarm stürzte sich denn auch alsbald auf das erwähnte rothe Tüchelchen und setzte sich in dessen Besitz. Man erzählte, daß ihm bei dieser Gelegenheit ein vagirendes Stück Eis an den Kopf geflogen sei, so daß er im Gesicht geblutet habe. (Es gab nämlich einige Faß Bier, wobei Eis zur Kühlhaltung gebraucht wurde.)

Die Moral von der Geschichte ist, daß der Arbeiter nicht einmal mehr im Wald Lust schnappen darf, ohne drangsalirt zu werden.

Wie lange wird das Volk noch die Geduld haben, sich derart von seinen Peinigern quälen zu lassen? Das Kerbholz ist wahrhaftig bereits auch bei uns zur Genüge „gesegnet", und wir freuen uns herzlich, daß die große Masse des denkenden Volkes dadurch immer entsprechend in „richtiger Stimmung" erhalten und entsprechender Zuwachs gesichert wird.

Noch wollen wir bemerken, daß sich hierorts ein sehr starker Zug zur Ablegung des alten religiösen Hokuspokus geltend macht und Massen von Leuten aus der sogenannten christlichen Kirche ausscheiden. Dabei sei erwähnt, daß sich der biedere Seelsorger (Kretschel heißt der allbekannte saubere Gottesstreiter) äußerst flegelhaft und gemein gegen die Ausscheidenden beträgt. Einem vor längerer Zeit Ausgeschiedenen, der wegen Kostenberechnung um Aufklärung bat, antwortete dieser patentirte und privilegirte Träger der „Gottesfurcht und frommen Sitte": „Sie können sich beim deutschen Kaiser erkundigen, es kostet 2 Mark." Zu einem Gebrechlichen sagte dieser Kanzelheld: „Schämen Sie sich nicht, Sie sind ja schon ein Krüppel?!" Einen Dritten und Vierten höhnte er: „Sie sollten nach Kamerun gehen!" Einen Fünften: „er könne in die Türkei gehen", und das Alles im Namen des Gottes der christlichen Liebe!

Man begreift, daß es für einen Pfründenhüter mit solchen Bedürfnissen ärgerlich ist, seine Ausbeutungsobjekte derart vermindert zu sehen, und findet in seinen pfäffisch keifenden Wuthsausbrüchen den besten Beweis dafür, daß das selbständig denkende und rechnende Volk den modernen „Baalspfaffen" unbequemer ist als das Predigen vor leeren Kirchenstühlen und — Opferbecken. Diesen „Gottesmann" haben übrigens die „schwarzen Spatzen" hier schon vor 20 Jahren als Inbegriff aller Gottesfurcht und Tugend gepriesen, wo er sich noch mit den harmlosen Schnurr- und Vollbärten nationalliberaler Schulmeisterrebellen herumärgern mußte. Noch heute lebt deshalb im Volksmunde hier das geflügelte Wort eines rothen Schneidermeisters, der bei einem Stiftungsfest des hiesigen Gewerbevereins hierselig den Herrn Pastor damals umarmte und ihm in die Ohren blies: „Prost Bruderherz, laß dir den Humor nicht verderben, denn wenn's nach unserem Pastor ginge, müßten mer uns Olle noch de Hoore aus der Hinter—fronte rasiren lassen!" Der rothe Attentäter glaubte nämlich seinen Freund N. (Kretschel's Doppelgänger) im Arme zu halten. — Tableau und — stürmische Heiterkeit der Umstehenden, als

Pfaffe und Schneider den Irrthum gewahrte,
Und Himmel und Hölle sich kratzten im — Barte.

Seit dieser Zeit hat auch Kretschel sich mehr und mehr nach der humoristisch-satyrischen Seite entwickelt, wie wir heute sehen, und an uns ist es nun, ihm beim Kirchenaustritt dazu fleißig den Stoff zu liefern.

Dr. Wespe.

Gotha, 10. Juli. Obgleich wir in diesem Jahre schon einigemale den Raum des Parteiorgans in Anspruch nahmen, halten wir es doch für keine Unbescheidenheit, abermals einen Bericht in demselben zu veröffentlichen. Er betrifft in der Hauptsache unsere Thätigkeit, die wir nach dem Wahlsieg erst recht lebhaft zu entfalten bemüht sind.

Außer zahlreichen Versammlungen, die seit 1884 sowohl in der Stadt Gotha selbst, als auch in einer ganzen Reihe von Ortschaften des Wahlkreises abgehalten wurden, haben wir im vorigen Jahre auch ein Flugblatt, den Rechenschaftsbericht unseres Genossen Bock über seine Thätigkeit in der ersten Reichstagssession der gegenwärtigen Legislaturperiode, in 10,000 Exemplaren verbreitet und damit allein schon eine bedeutende Vorarbeit für die nächste Wahlperiode verrichtet.

So wird durch unsere lebhafte Agitation die Bevölkerung zum Denken angeregt, und wie sehr ihr Interesse am öffentlichen Leben wächst, geht wohl unzweideutig aus der Thatsache hervor, daß die ländlichen Wähler aus eigener Initiative Versammlungen in ihren Orten einberufen und den Abgeordneten dazu einladen. Das sind gewiß ganz erfreuliche Anzeichen!

Vor einiger Zeit fand eine Konferenz Thüringer Parteigenossen statt, welche ein anmuthiges Bild einhelligen Schaffens und Zusammenwirkens bot, wie wir es nur allen Orten wünschen können.

Am 4. ds. Mts. hatten wir abermals die traurige Pflicht, einem in der Blüthe seines Lebens dahingerafften Genossen das letzte Ehrengeleite zu geben. Es war dies der an der Lungentuberkulose verschiedene Schriftsetzer Maximilian Ruprecht aus Grulich in Böhmen, der im vorigen Jahre von Barcelona hierher zugereist kam. Nach kaum viermonatlichem Schaffen an dem neuen Orte seiner Wirksamkeit überfiel ihn jene bösartige Krankheit, von der ihn leider nur der Tod erlösen sollte. Solange er konnte, wirkte er für unsere Sache. Noch eine Stunde vor seinem Tode sagte er ausdrücklich, daß zu seiner Beerdigung kein Pfaffe mitgehen dürfe. Er starb also, wie er gelebt.

Zu seiner Beerdigung hatten sich die Genossen ziemlich zahlreich eingefunden: auf sein Grab wurden mehrere mächtige Lorbeer- und Blumenkränze mit rothen Schleifen niedergelegt, worauf der Gesangverein „Frohsinn", dessen Mitglied der Verstorbene gewesen, ein Grablied vortrug, nach dessen Absingen die ernste Feier beendigt war.

Ehre dem Andenken des pflichtgetreuen Genossen!

X.

Sprechsaal.

Heinrich von Stabler (oder Stapler), angeblich Schreiber aus Düsseldorf, vor dem schon in Nr. 30 gewarnt wurde, will in Zürich in einer Buchdruckerei als Buchhalter gewesen sein, in Düsseldorf seine Frau besuchen und von da nach Cöln ꝛc. reisen. Am 3. Juli kam er von Münster i/W. nach Recklinghausen. Seine Angaben betr. Duzfreundschaft mit alten Genossen ꝛc. haben sich auf verschiedene Anfragen als Schwindel entpuppt.

Der angebliche Agitator, der „von einer Genossenschaft ausgeschickt" sein will und viel von der Sozialdemokratie spricht, deren Tendenzen er aber kaum kennt, will „diesen Strich zu bereisen haben" und „in mehreren Vereinen gewesen" sein.

So stellt er sich vor. In Düsseldorf will er bei den Dragonern gedient haben.

Signalement: Alter: 38—39 Jahre; spricht westfälischen Dialekt, auch sehr gut hochdeutsch. Volle Statur. Größe: 5 Fuß 3—4 Zoll rh., Haare blond, Augen grau, Nase dick, Gesichtsfarbe gesund. Hat starken blonden Schnurrbart (sonst rasirt); schnellen Gang, stechenden, unstäten Blick; trägt eine Stahlbrille, verschossenen Kammgarnrock und aschgraue Hose.

Gewandtes, höfliches Benehmen deckt seinen Schwindel und seine Spionage.

Wir warnen vor demselben und empfehlen ihn gehöriger Aufnahme, wo er sich zeigt. Benachrichtige man uns, wann und wo er auftauchte, über sein Treiben eingehend.

Die Vertrauensleute.

Briefkasten

der Redaktion: Einsendungen sind eingetroffen aus Basel, Bayreuth, Danzig, Essen. — J. D. in Chicago: Für diese Nummer zu spät, daher in nächster. Besten Gruß. — C. S. in A.: Den freundlichst übersandten Artikel nehmen mit Dank an. Mit Ihrer Bedingung einverstanden. — Deutsche Mutter: Ihr Gedicht ist uns in seinem Inhalte sehr sympathisch, doch ist es der Form nach durchaus mangelhaft. Wir wollen sehen, ob sich dem Fehler abhelfen läßt. —

der Expedition: K. Rz. Mgn.: Mk. 2 — Ab. Aug. u. Sept. erh. — Solo: Mk. 3 45 Ab. 3. Qu., Bölthk. ꝛc. erh. Ers. des Reklamirten folgt. — Newyork: (3 Doll.) Fr. 15 18 von 2 Formstechern Eßlinger Wahl durch W. Ptr. dkd. erh. u. besorgt. — Rothbart: Betreffendes ging an B. und kreuzte mit Bf. v. 31/7. „Wke." noch wo im Feld. — Veilchenstein: Adr. notirt. Bstlg folgt. Mitthlg. v. 15. u. 31/7. notifizirt. — Pere Duchesne: Wiederholung war nicht nöthig. — Rother Paulus: Mk. 2 — f. Schft. erh. — A. R. St. Moritz: Fr. 3 Ab. pr. 3. Qu. pr. R. R. erh. — Roland I.: Mk. 26 80 pr. Ggrchg à Cto Athl. gutgebr. — Görlitz: Mk. 36 20 à Cto. Ab. ꝛc. erh. Weiteres notirt. Bfl. mehr. — Dpt. B. G.: Mk. 500 — erh. und nach Vorschrift gebucht. — R. K. Rgs.: Mk. 3 20 Ab. 3. Qu. und Porto erh. — Babeuf: öwfl. 1 — Ab. 3. Qu. erh. Adr. geordnet. Weiteres fort. — F. Tj. A.: Mk. 1 10 f. Schft. erh. Sbg. besorgt. — J. M. Lg. Mk. 3 — Ab. 3. Qu. erh. — Blitz: Mk. 100 — à Cto. Ab. ꝛc. erh. Gshlm. noch keine Nachricht. Derselbe besitzt längst verlangten Spezialauszug. Verlangen Sie ihn. — R. Kl. Mch.: Mk. 4 40 Ab. 3. Qu. erh. — R. Sch. Mg.: Mk. 5 — Ab. 3. Qu. ꝛc. erh. 40 Pfennig Strafporto für 1 Gramm Uebergewicht abgezogen. Beil. besorgt. — E. S. Payerne: Fr. 2 10 Ab. erh. — H. Mz.: Fr. 4 50 Ab. 3. Qu. erh. — E. D. Rtg.: Mk. 3 — Ab. Aug. und Sept. erh. — J. H.: Mk. 100 — à Cto Ab. erh. T. u. Adr. Anlangendes vorgem. — Hambacher Schloß: Mk. 21 50 à Cto. Ab. ꝛc. erh. Alles unterwegs. Bstlg. folgt. — Das rothe Häuflein: Bstlg. v. 3/8. erh. Adr. notirt. — C. a. R. Ld.: Mk. 40 — pr. Ggrchg. gutgebracht. Früheres vorgemerkt. Weiteres beachtet. — XYZ.: Adr. geordn. Weiteres besorgt. — Billard: Bf. v. 2/8. erh. Antw. bfl. — Angler W.: Unterwegs. Verspätung. Fr. braucht Zeit. Bfl. am 4/8. mehr. Dank für Nachr. Ehemaliger Reichsmaulwurf: Reklamirtes sgt. Betr. G. anderwärts abgewunken worden. — Die rothen Calenberger: Selbstverständlich müssen Namen wissen. Adr. Anlangendes beachtet. St. haben gesagt. Rother Voigtländer: Alles unterwegs. Weiteres bereits durch Rgr. berichtet gewesen. — Die drei Gleichen: Bf. v. 28/7. erh. Beil. sofort weitergesandt u. S. monirt. Weiteres bfl. — Dreifuß in L.: Bf. v. 26/7. erh. Bstlg. notirt. — Rother Franz: Bf. 27/7. erh. Antw. demnächst ausführl. Für Rm. anderseits keine gute Referenz eingegangen.

Soeben erschien und ist durch Unterzeichnete zu beziehen:

Es werde Licht!

Poesien von Leopold Jacoby.

Dritte Auflage.

Preis: 65 Pf. = 80 Cts.

Sozialdemokratische Bibliothek.

Heft VII. **Sozialpolitische Vorträge** von J. Dietzgen. (Inhalt: 1. Nationalökonomisches. 2. Die bürgerliche Gesellschaft.

Preis: 20 Pfg. — 25 Cts.

Bestellungen auf die „Sozialdemokratische Bibliothek" werden erbeten. Die Hefte werden auch einzeln abgegeben.

Volksbuchhandlung und Expedition des „Sozialdemokrat"
Hottingen-Zürich.

Schweizerische Genossenschafts-Buchdruckerei Hottingen-Zürich